

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbelleidung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. Juni 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 72

Zum zehnten deutschen Gewerkschaftskongress

Am 30. Juni tritt im Saalbau des Industrie- und Kulturvereins zu Nürnberg der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu einer auf die Dauer einer Woche berechneten Tagung zusammen. Das alte, betriebsame Nürnberg mit seiner früher so blühenden kunstgewerblichen und industriellen Entwicklung war die Geburtsstätte der mächtigen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Im Jahre 1868 traten August Bebel und Wilhelm Liebknecht mit aller Kraft für die Gründung von Gewerkschaften ein, weil sie erkannt hatten, wie feindselig das liberale Bürgertum den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter sowohl als auch dem Arbeiterschutz gegenüberstand, und wie es die Arbeiter in jeder Hinsicht zu unterdrücken und zu bevormunden suchte. Der fünfte Vereinsstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (1868), dem Bebel präsiidierte, beschloß deshalb, „für die Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Gewerkschaften tatkräftig zu wirken“. August Bebel war es auch, der das erste Normalstatut für diese Gewerkschaften ausarbeitete. Durch den Titel „Internationale Gewerkschaften“ sollte die Tendenz der neuen Gewerkschaften bekundet werden. Außer den Tabakarbeitern und den Buchdruckern, die schon mehrere Jahre vorher aus eigener Willenskraft sich zu gewerkschaftlichen Verbänden zusammengeschlossen hatten, trafen in Verfolg der Nürnberger Beschlüsse im Jahre 1868 Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, der Maurer und Zimmerer, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Schneider, der Kürschner, der Schuhmacher, der Buchbinder sowie der Berg- und Hüttenarbeiter ins Leben.

Das diesmalige deutsche Gewerkschaftsparlament tagt in Nürnberg also auf historischem Boden, und die Tagung selbst wird zweifellos eine der bedeutungsvollsten und verantwortungsvollsten werden seit dem Bestehen der modernen Arbeiterbewegung. Während der einstmalige Nürnberger Vereinsstag der deutschen Arbeitervereine zum Ausgangspunkt für das gewaltige Ringen und Kämpfen der Arbeiter gegen die alten Beherrscher der Wirtschaft wurde, soll der bevorstehende Nürnberger Gewerkschaftskongress in dieser schwersten aller Zeiten schöpferische, aufbauende Arbeit leisten, um die Gewerkschaften zu Mitbestimmern und Mitbeherrschern des heimischen Wirtschaftslebens werden zu lassen. Welcher gewaltige Fortschritt in prinzipieller Beziehung zwischen dem Einst und Jetzt — aber auch welche Wandlung im Auf und Nieder des deutschen Wirtschaftslebens zwischen früher und heute! Wenn wirklich fruchtbare Arbeit in Nürnberg geleistet werden soll, dann muß der Blick der Delegierten unverrückbar auf das unter den gegenwärtigen Verhältnissen Mögliche und Durchführbare gerichtet bleiben. Selbst unter dieser notwendigen Einschränkung bleiben die zu lösenden Aufgaben noch vielseitig und schwer genug.

Aus der alten, in sich zusammengebrochenen Gesellschaftsordnung soll die neue herauswachsen: der Volksstaat, der durch den Sozialismus seine Lebenskraft erhält. Diesen Volksstaat nach dem Willen der Arbeiterschaft, unter Maßgabe ihrer Anpassungsfähigkeit und ihres Könnens mit ausbauen zu helfen, wird das ehrliche Bestreben der Gewerkschaften sein müssen. Der Kampf um wirtschaftspolitische Ideen, die von breiten Volksschichten getragen werden, erfüllt unsere Zeit. Diejenige Bewegung, die den Gemeinheitswillen am wirkungsvollsten und nachdrücklichsten zum Ausdruck zu bringen vermag, wird als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehen. Das werden nach unsrer tiefsten Überzeugung die Gewerkschaften sein. Hier lernen die Arbeiter praktische Solidarität üben, hier werden sie erzogen zu verstandesgemäßem Selbstbewußtsein und zu der Fähigkeit, sich über die Erscheinungen des Gesellschaftslebens und über die Wirtschaftsentwicklung ein eigenes Urteil zu bilden und diesem mutig zu vertrauen. Gesunder Menschenverstand im Bunde mit den starken Kräften, die das Wirtschaftsgetriebe aufrecht erhalten, werden sich als unüberwindlich erweisen. Als unbezwingbare Trutzburgen gegen den Kapitalismus in jederlei Gestalt ragen die Gewerkschaften aus der Arbeiterbewegung hervor. Mit steter Sehnsucht und zäher Energie haben sie von jeher um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse erfolgreich gerungen, und für den neuen Gesellschaftsbau wird die von ruhiger Überlegung getragene gewerkschaftliche Arbeit ebenfalls die eigentliche Grundlage bilden müssen.

Damit ist in großen Umrissen der Aufgabenkreis und das hohe Maß der Verantwortung des Nürnberger Gewerkschaftskongresses gekennzeichnet. Hinsichtlich der Zahl der hinter ihm stehenden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen übertrifft der diesmalige Kongress alle seine Vorgänger

bei weitem. Auf dem ersten Gewerkschaftskongress in Halberstadt (1892) waren 227 000 Mitglieder durch Delegierte vertreten, in Berlin (1896) 329 200, in Frankfurt a. M. (1899) 580 400, in Stuttgart (1902) 733 200, in Köln (1905) 1 344 800, in Hamburg (1908) 1 831 700, in Dresden (1911) 2 017 000, in München (1914) 2 548 700. (Der siebente Gewerkschaftskongress [1910] in Berlin war ein außerordentlicher.) In Nürnberg sind die gewerkschaftlichen Interessen von mindestens 5 000 000 Mitgliedern wahrzunehmen. Seit dem Ausbruch der Revolution hat der Zustrom zu den Gewerkschaften einen Umfang angenommen, von dem heute noch nicht feststeht, ob er sich in die Gesamtbewegung so eingliedern wird, daß ihr ein wirklicher Nutzen in prinzipieller Hinsicht aus diesem riesigen Zuwachs erwächst. Dieses Ziel kann erst dann als erreicht gelten, wenn die neuen Mitstreiter dazu erzogen sein werden, den nur instinktiv gefühlten tieferen Sinn des solidarischen Zusammenschlusses wirklich zu erfassen. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben, die von den Gewerkschaften in Zukunft zu lösen sind, stehen unter dem Einflusse harter Wirtschaftsfaktoren, die nicht durch radikale Redensarten beiseite geworfen werden können, von denen sich leider immer noch zu viele Arbeiter die Köpfe benebeln lassen. Noch ist der Kapitalismus nicht erledigt. Selbst mit dem Problem der Sozialisierung, deren Vorbedingungen in jedem Land und in jeder einzelnen Industrie grundverschieden sind, ist dem Kapitalismus nicht leicht beizukommen. Nur mit Hilfe selbstgewollter Disziplin kann auf einen Erfolg gewerkschaftlicher Bestrebungen gerechnet werden; sie allein bietet die Bürgschaft dafür, daß dort, wo gekämpft wird, der Kampf auch einen siegreichen Ausgang nimmt. Mehr wie je werden sich die Gewerkschaften darauf einrichten müssen, ihre alterproben Kampfmethoden zur Anwendung zu bringen, um die Interessen der Arbeiter im Geiste der neuen Zeit wahrzunehmen. Die Zeit der Gewerkschaften ist nicht abgelaufen, sondern sie beginnt erst recht. Bei allem Verständnis, das wir der Rätefrage im allgemeinen entgegenbringen, vermögen wir uns doch nicht dem Wunderglauben hinzugeben, als wenn die Räte insstande sein würden, die allgemeindienstliche gewerkschaftliche Wirksamkeit zu ersetzen, geschweige denn die Gewerkschaften überflüssig zu machen. Die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, die in jahrelangen, aufreibendem Kampfe den Boden für das kommende Neue unter unendlichen Mühen, verfolgt vom Unternehmertum, geknebelt von den staatlichen Machthabern, verlacht und verhöhnt von indifferenten Klassenossen, vorbereitet haben, sie verfügen auch über das nötige Rüstzeug, um das neue Werden im Wirtschaftsleben zu meistern.

In seinem äußeren Verlaufe wird der Nürnberger Gewerkschaftskongress wohl nicht das Bild jener Geschlossenheit in grundsätzlichen Fragen darbieten, das man von den bisherigen Gewerkschaftskongressen her gewöhnt ist. Von vornherein ist vielmehr damit zu rechnen, daß die gegensätzlichen Auffassungen scharf aufeinanderprallen werden, namentlich bei der Beratung der prinzipiellen Anträge, die wir im „Korr.“ bereits besprochen. Immerhin darf man zu den berufenen Vertrauenspersonen der organisierten Arbeiterschaft das Vertrauen haben, daß sie sich als Vertreter verschiedener Anschauungen mit frohem Überzeugung- und Bekennernmuse gegenüberstellen, das Wahre suchend zum Wohle der Gesamtheit. Wenn es anders wäre, wenn nach dem fraurigen Beispiel in manchen Großstädten das Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Überzeugungstreue auch in Nürnberg mit Frühen getreten werden würde, dann müßte man am gesunden Sinne der deutschen Arbeiterschaft allerdings verzweifeln. Kein Mensch kann von sich in Anspruch nehmen, in diesen leidenschaftlich durchwühlten Zeitaltern niemals geirrt oder gesündigt, immer das Richtige getroffen zu haben in jeder Beziehung. Müge deshalb auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress das brüderliche Gefühl der Zusammengehörigkeit triumphieren über kleinliche Rechthaberei und finstere Induldbarkeit! Angehts des unserm Volke von imperialistisch-kapitalistischen Machthabern aufgezwungenen Gewaltfriedens gilt es alles daranzusetzen, der Arbeiterbewegung einen Weg in die dunkle Zukunft zu bahnen, die soziale Entwicklung im deutschen Wirtschaftsleben vorbildlich zu gestalten für alle Industrieländer der Welt. Nur in geschlossener Einheitsfront können die deutschen Arbeiter das gefleckte Ziel erreichen. Die Blicke von vielen Millionen werden in den nächsten Tagen auf den Nürnberger Gewerkschaftskongress gerichtet sein. Sie nicht enttäuscht zu sehen, bleibt unser sehnlichster Wunsch und heißes Bemühen. In diesem Sinne den Kongressverhandlungen ein aufrichtiges

G l ü c k a u f !

Zur Entwicklung der Rätefrage

Am die Entwicklung der Rätefrage hat sich der sozialdemokratische Parteitag in Weimar insofern ein unvergleichbares Verdienst erworben, als er durch die Art der Behandlung des wichtigsten Problems der deutschen Arbeiterbewegung größere Klarheit verschaffte. Das ist bei der in dieser Frage aller Fronten herrschenden Verwirrung, die nach dem zweiten Berliner Rätekongress noch schlimmer geworden ist, schon etwas wert, dass Klarheit herrscht über Wahrheit, Wahrheit aber ist, daß die in der Arbeiterkammer vielfach bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Rätefrage in der Hauptsache zurückzuführen sind auf die gegensätzlichen Auffassungen über das politische System, nach dem in Deutschland regiert werden soll. Hier Demokratie, dort Diktatur des Proletariats. Zwischen dem Hochsitz der beiden bedeutungsvollen Begriffe spielt sich auch der Kampf der Meinungen über die Rätefrage ab.

Die auf dem außerordentlichen Parteitag der politischen Arbeiterbewegung Ende des Jahres 1917 vorzunehmende der wirklichen Machtverhältnisse im Staate die Ausschaltung oder -rückführung - die Festsetzung des Parlamentarismus und lerner die Ausschaltung der bisherigen Träger der wirtschaftlichen Kampfgemeinschaften der Arbeiter, der Gewerkschaften. Sie handeln nach dem Programm: Alle Macht der Arbeiter, weil sie glauben, daß eine radikale Beseitigung der Profitierkrisis nur möglich ist auf dem Wege des direkten Eingriffs der Arbeiter in die Wirtschaftsgesamtheit. Über besseres Wissen werden dabei die Gewerkschaften gewissermaßen verdrängt, sie beabsichtigen die kapitalistische Herrschaft zu zerstören. Mit ertrotzter Entschiedenheit und Klarheit stellte sich demgegenüber die alte sozialdemokratische Partei einmütig auf dem Boden der Demokratie. Unter Ablehnung des politischen Räte Systems soll den Arbeiterräten auf wirtschaftlichem Gebiet ein breiter Spielraum eingeräumt werden, um schrittweise zur Sozialisierung, das heißt zur Vergesellschaftung der Erzeugungsmittel, zu gelangen.

Dr. Einzelmeier, einer der besten Köpfe der Partei und ein sehr eifriger Vorkämpfer für die soziale Ausschaltung des Arbeiterrechts, stellte sich in seinem ausgesprochenen Referat über die Rätefrage grundsätzlich auf den Standpunkt, daß das Räte System nur auf der Grundlage vollkommener Demokratie geschaffen werden kann. Die politische Demokratie erlaßt indes nur die Verhinderung des Gemeinlebens, sie schafft Gesetze, die in der Regel dem schon Gegebenen, Urungenen nachhinken, es befristet. Für das sich täglich und stündlich (wenigstens) verändernde Wirtschaftsleben mit seinen lebhaften Wechselwirkungen reiche die Demokratie allein nicht aus. Hier müßten mitbestimmende Faktoren geschaffen werden, die mitten in der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, nämlich Arbeiterräte mit Wirtschafts- oder Produktionsräten, denen Bewegungsbefreiung und Verordnungsrecht gegeben werden müßte. Zur Grundlage der Räteverfassung nehme er den vielfach mißverstandenen Regierungsentwurf. Arbeiterräte müßten die Arbeiterinteressen wahrnehmen, dieser alle gewerkschaftliche Gedanken sei bereits auf dem Älteren Gewerkschaftskongress eingehend auseinandergesetzt worden. Das Produktionsinteresse wird ein gemeinsames Interesse werden müssen; ihm diene der Wirtschafts- oder Produktionsrat. Auch die Sozialisierung diene nur der steigenden Produktivität, ganz besonders in der jetzigen Zeit. Die Sozialisierung sei ein Rechtsakt, durch den das privatkapitalistische Eigentum aufgehoben und in Gemeineigentum verwandelt wird. Ohne diesen entscheidenden Akt gebe es keine Sozialisierung, auch wenn alle Betriebe den Arbeitern gehörten, sondern höchstens einen Massenkapitalismus. Nur der Staat könne sozialisieren, nur der Staat könne durch die Begebung des Wirtschaftsrechts ändern. Die Räte könnten höchstens Verwaltungs-, Ausführungs- und Kontrollorganismen der Sozialisierung sein. Sie könnten die Einflußsphäre des Unternehmers begrenzen, genau wie das seit langem die Gewerkschaften tun. Aber den entscheidenden Akt der Sozialisierung kann kein nur die politische Demokratie vornehmen. Dann wandte sich der Referent dem Verhältnis der Räte zum Parlament zu. Das Wesen der neuen Wirtschaftsverfassung müsse darin bestehen, daß ein Teil der staatlichen Macht nicht auf die wirtschaftlichen Selbstverwaltungsglieder übergeht. Die Gleichberechtigung der Kammern der Arbeit neben der Volksvertretung, für die sich der zweite Rätekongress ausgesprochen, lehnte Einzelmeier ab. Gegen das schon früher von der Partei abgelehnte berufständische Parlament bestanden grundsätzliche Bedenken. Damit komme man zu einem Sachmenchtum und sollte die Weltanschauung immer mehr aus. Dieser Materialismus verleihe den Geist der Politik. Die Räte sollen das Recht haben, in wichtigen Fragen von großer Bedeutung für das Wirtschaftsleben Anregungen zu geben und Anträge zu stellen. Ihr Einfluß solle sich nicht nur erstrecken auf die Begebung, sondern auch auf die Verwaltung. Ohne demokratische Verwaltung sei die gewerbliche Demokratie eine Halbheit. Die Verwaltung müsse kontrolliert werden, nicht nur von oben durch das Parlament, sondern auch von unten durch die Räte.

Die von Einzelmeier vorgelegten Vorschläge für das Räte System dürften für die weitere Entwicklung der Rätefrage grundlegend werden, weil sie einen gangbaren Weg zeigen, der nicht nur zur Erfüllung des tiefen Sehnsüchtes der Arbeiterkammer führt, sondern vor allem auch der Volksgesamtheit eine bessere Zukunft verheißt. Wir geben die Vorschläge ihrer Wichtigkeit wegen nachstehend im Wortlaut wieder:

1. Die Rätefrage wird zu lösen. Der Weg zur größeren Einwirkung der gewerblichen Interessen liegt nicht in der Ausschaltung der politischen Demokratie, sondern auf dem Gebiete der Wirtschaft in der Einleitung einer neuen Art der Staatsverwaltung bestehend in der Wirtschaftsverfassung, in der die gewerblichen Kräfte selbst unmittelbar wirken.

2. Die Bestimmungen über den Aufbau einer Reichsversammlung, welche für die Arbeiterinteressen Arbeiterräte, für die Produktionsinteressen Berufsvereinigungen und Wirtschaftsverbände vorzulegen und diese Räte in großen Zentralorganen zusammenzufassen, sind eine geeignete Grundlage für den Aufbau einer wirtschaftlichen Demokratie. Es wird aber nur dann in den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Maße ausgeführt werden können, wenn die folgenden Gesichtspunkte beachtet werden:

a) Die vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen muß grundsätzlich den freien Vertragsverhältnissen vorbehalten werden. Soweit diese Regelung zu Arbeitsgemeinschaften führt, die auch Produktionsfragen umfassen, sind diese Arbeitsgemeinschaften als frei bewegliche Instanzen im Aufbau der Wirtschaft zu berücksichtigen.

b) Bei dem Aufbau der Betriebsarbeiterräte ist davon auszugehen, daß die Betriebe Gemeinschaften mit eigenen Interessen sind, zugleich aber auch innerhalb der Wirtschaftsverfassung den höheren Organisationsstellen der Berufsvereine und Berufsvereinigungen einzuordnen sein sollen. Die Ausübung der den Betriebsarbeiterräten zu übertragenden Kontroll-, Informations- und Kontrollrechte darf deswegen den übergeordneten Interessen jener Stellen nicht widersprechen und muß an deren Bestimmungen gebunden sein.

c) Die Wirtschaftsverfassung kann erst dann als vollständig angesehen werden, wenn durch Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers das Interesse der Wirtschaftsgemeinschaft als leitendes Prinzip gilt. Diese Ausschaltung kann nicht durch die Räte, sondern nur durch Begebung des Staatsrechts erfolgen. Dem allein die Verfügung über die Wirtschaft überlassen. Von der Regierung ist neben der Ausführung des Räte Systems die planmäßige Vorbereitung und Durchführung solcher Begebungsgänge auf allen Wirtschaftsgebieten zu fordern, auf denen die wirtschaftlich-technischen Voraussetzungen für eine wirksame Sozialisierung vorhanden sind.

3. Neben den sozial-organisatorischen Aufgaben, welche die Organe der Wirtschaftsverfassung zu lösen haben, müssen ihnen auch politische Funktionen übertragen werden, um in das soziale Leben der Volksgemeinschaft Leben zu bringen. Für die Begebung handelt es sich nicht um die Einschränkung eines Mittelbestimmungsrechts. Eine berufständische Kammer der Arbeit ist grundsätzlich verfehlt, praktisch eine Kompilierung der Staatsregierung und politische eine Gefährdung der demokratischen Weiterentwicklung zugunsten der Arbeiterräte. Die politische Funktion der Räte der Begebung gegenüber ist auf das Recht der Beratung und Initiative nach dem Vorbild der Gewerkschaften der Reichsregierung zu übertragen. Für die Vermittlung muß ein Recht zur Information und Gewährung der Arbeiterräte und Wirtschaftsverbände bezüglich aller Angelegenheiten, die ihren Interessenkreis betreffen, gesichert werden, um der bürokratischen Kontrolle von oben eine soziale Kontrolle von unten gegenüberstellen zu können. Es ist die Aufgabe einer durchgehenden Verwaltungsreformgebung, den Räten die Erfüllung dieser Aufgabe zu gewährleisten. Die durch die Räte handhabbare Kontrolle muß aber nicht auf die Wirtschaftsgemeinschaften beschränkt werden, sondern den Staat hinaus. Interessengemeinschaften überstaatlicher Art zu bilden, die dieselben die einzigen wahrhaftigen Grundlagen einer Wählerorganisation bilden können.

Mit vollem Recht erblickt Einzelmeier in der in seinen Vorschlägen vorgezeichneten Entwicklung einen ungeheuren Vorteil für die Arbeiterklasse. Es wird ihr dadurch die Möglichkeit gegeben, verantwortlich an der Erzeugung mitzuwirken. Das ist die einzig mögliche Sozialisierung. Durch das Räte System, wie es Einzelmeier vorschreibt, schreitet der Arbeiter weiter in das zukünftige Wirtschafts System des Sozialismus, das die Rettung des deutschen Volkes bedeutet. Die verantwortliche Tätigkeit innerhalb der Räte vermittelt den Arbeitern erst eine Vorstellung von den gesellschaftlichen Zusammenhängen im Märzlichen Sinn und weckt ihr Verantwortungsgefühl und ihre Arbeitsfreudigkeit.

Durch die mit überwältigender Mehrheit angenommenen Einzelmeierschen Vorschläge in Verbindung mit einer Ergänzung Fabersteins (die im wesentlichen die den Gewerkschaften verbleibenden Aufgaben betont) würde der Weimarer Parteitag konsequent den Standpunkt, den die politische Arbeiterpartei von jeher eingenommen hat, um auf gleichem Wege für die Arbeiterkammer Einrichtungen zu treffen zur nachhaltigeren Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Damit decken sich auch die von den Gewerkschaften in gleicher Richtung selber unternommenen Schritte. Daß die Gewerkschaften dem Grundgedanken der Räteorganisation nicht so weit fremd gegenüberstehen, wie man es auf gewisser Seite darzustellen beliebt, ist jedem klar, der es weiß, wie zäh in den Gewerkschaften um die Beibehaltung des Herr-in-Sau-le-Standpunktes mit dem Unternehmer schon immer gerungen worden ist. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission brachte kürzlich einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der auf eine gewerbliche wirtschaftliche Demokratie abzielenden gewerkschaftlichen Forderungen, woraus hervorgeht, daß die Gewerkschaften viel früher aufgestanden sind als mancher Verfechter der Arbeiterräte Idee von heute.

Die Gewerkschaften beschäftigen sich auf dem Gewerkschaftskongress in Köln 1905 sehr eingehend mit der Frage der gewerblichen Arbeitervertretung. Zwei Auffassungen rangen in den Diskussionen vor Köln und auf dem Kongress selbst miteinander. Die eine vertrat die alte Forderung der Partei nach paritätischen Arbeiterräten und ungefähr mit den gleichen Aufgaben, wie sie in den von der Partei geforderten verschiedenen Lebenswärteln enthalten sind. Die andere Richtung, die auch die erhebliche Mehrheit des Gewerkschaftskongresses auf sich vereinigte, forderte an Stelle der paritätischen Kammern reine Arbeiterräten, in denen nur die Vertreter der Arbeiter die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen sollten. Diese Arbeiterräten sollten berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterklasse betreffenden Angelegenheiten Anträge zu stellen, Entschlüsse zu fassen, Beschlüsse zu fassen, bei der Veranlassung von Entschlüssen und arbeitswirtschaftlichen Maßnahmen sowie insbesondere bei der Ausschaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und in der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken. Die Arbeiterräten sollten, und zwar erachtete dies der Kongress als unerlässliche Voraussetzung, auf Grund des Proportionalwahl Systems ge-

wählt werden; aktives und passives Wahlrecht sollte allen großjährigen Arbeitern und Arbeiterinnen in Bergbau, Industrie und Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zustehen, und die besoldeten Angestellten der Berufsvereine sollten ebenso wie die berufstätigen Arbeiter wählen können. Diese Resolution wurde mit 771 663 Stimmen angenommen, während für die paritätischen Arbeitskammern nur 379 431 Stimmen abgegeben wurden.

So hatten sich also die Gewerkschaften im Gegenjahren zu den früheren Forderungen der Partei bereits 1905 für die reinen Arbeiterräte entschieden, die damals noch den Namen Arbeitskammern führten. Der neue Ausdruck ist in der Revolution in Anlehnung an das russische Vorbild entstanden. Die Vorhändlungskongress vom 25. April dieses Jahres hat ihre Stellung gegenüber den Arbeiterräten dahin präzisiert, daß solche Räte in den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung hervorgehen sollen, und daß sie neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der Gewerkschaftskarteile zu übernehmen haben. Unter diesen beruflichen Arbeiterräten sind Arbeiterräte für größere Bezirke und für das Reich auf Grund der Urwahlen nach dem Verhältniswahl System zu berufen. Und diese Räte können dann mit entsprechend zusammengelegten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschläge für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftsweise zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinwirken.

Aus diesem Beschlusse geht hervor, daß die Gewerkschaften das intime Zusammenwirken mit den gewerblichen Arbeiterräten wünschen. Sie wollen ihnen selbst Aufgaben überlassen, die bisher von besonderen Einrichtungen der Gewerkschaften, nämlich den Gewerkschaftskarteilen, bewältigt wurden. Erhöhter Gewicht wird auch hier entsprechend der Stellungnahme auf dem Gewerkschaftskongress in Köln auf die reine Arbeitervertretung gelegt. Die Arbeiterräte sollen Arbeitervertretungen sein, die sowohl in ihrer unteren Instanz, in den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten, als auch in der Landesinstanz und im ganzen Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahl System hervorgehen sollen. Die Zusammenlegung der Räte entspricht dadurch den demokratischen Grundätzen, und es ist auch durch die Anwendung der Urwahlen nach dem Proportionalwahl System sowohl die Wahl wirklich sachkundiger Arbeitervertreter, als auch die Berücksichtigung aller Strömungen und Auffassungen in der Arbeiterkammer sichergestellt. Neben den früher genannten Aufgaben der Kontrolle und Begutachtung sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Angelegenheiten will die Vorhändlungskongress den Arbeiterräten auch die neue Aufgabe zuweisen, als Mitglieder der Wirtschaftskammer bei der Sozialisierung von Betrieben oder Wirtschaftszweigen mitzuwirken. Diese Wirtschaftskammern werden sogar als Träger der Produktion in Aussicht genommen, während die Gewerkschaften für sich lediglich in Anspruch nehmen, die Tätigkeit der Wirtschaftskammern im Sinn einer gleichberechtigten Arbeiterpolitik zu beeinflussen. Die Gewerkschaften werden für die Arbeitervertreter in diesen Kammern Richtlinien aufstellen und die dauernde Verbindung unter ihnen und mit ihnen aufrechterhalten.

So stehen die Gewerkschaften diesen Fragen keineswegs fremd oder ablehnend gegenüber. Freilich haben sie ihre Arbeiterkammerforderungen weder aus Furcht noch vom Saule Willsen bezogen; sie sind vielmehr aus der gewerkschaftlichen Praxis entstanden, und zwar zu einer Zeit, wo mancher heutige Vorkämpfer der Arbeiterräte den Weg zur gewerkschaftlichen oder auch nur zur politischen Organisation noch gar nicht gefunden hatte. Die Gewerkschaften haben damals auf Grund ihrer Erfahrungen den reinen Arbeiterräten den Vorzug vor den paritätischen Kammern gegeben, die die Partei seit 1877 gefordert hatte. Die Arbeiterräte ist heute stark genug, in den Wirtschaftskammern mit den Betriebsleitern und Unternehmervertretern die Interessen des Wirtschaftslebens mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Aber trotzdem erbringt sich die Sondervertretung in Arbeiterräten keineswegs, ebensowenig wie die Unternehmer ihre Sondervertretung in Handwerks-, Handels- usw. Kammern aufzugeben geneigt wären. Und deshalb muß die Forderung des Älteren Gewerkschaftskongresses nach reinen Arbeiterräten nach wie vor der Revolution aufrechterhalten bleiben. Die Arbeiterräte müssen diese Aufgaben durch Gesetz anerkannt erhalten.

Die Gewerkschaften selbst aber werden durch diese gewerblichen Einrichtungen in keiner Weise überflüssig gemacht. Vielmehr werden die Arbeiterräte genau so wie die Betriebsräte auf die Dauer nur dann eine erfolgreiche Tätigkeit entfalten können, wenn sie sich auf die freien gewerkschaftlichen Organisationsformen draußen stützen können. Gewerbliche Organe werden durch den Begebung in ihrer Tätigkeit immer beschränkt sein, sie müssen sich genau an ihre gesetzlichen Funktionen halten. Die Gewerkschaften aber sind freie Organisationen und passen sich den Bedürfnissen des Tages an. Gewerbliche Organe können keine Kämpfe führen, weil sie mehr Verwaltungsorgane sind. Die Gewerkschaften dagegen sind und bleiben Kampforganisationen der Arbeiterklasse, und gerade darin liegt der Grund der Existenz, den sie sowohl auf die Betriebs- als Arbeiterräte erlangen werden und erlangen müssen, wenn diese Räte wirklich den Arbeiterinteressen dienen sollen. Die Revolution wird nicht zwang, und die revolutionären Schlagwörter verlieren

1. Auch in einem vollständig vollkommen durchgeführten demokratischen Staatwesen genügt der nur politische Aufbau des Gemeinheitslebens nicht, um den gesellschaftlichen Kräften und Be-

ihre Anziehungskraft. Die dauernde, unermüdlige Tätigkeit der Gewerkschaften im Dienste der Arbeiterklasse aber hat Bestand und wird das Wirken der Arbeitererräte befruchten.

Auf diesem Wege werden wir bald die besten und erfolgreichsten Maßnahmen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitererräten haben. Sobald die Gesetzgebung die genauere Abgrenzung der Aufgaben der Räte vorgenommen hat, werden die Gewerkschaften dafür sorgen, daß der erhöhte Einfluß der Arbeiterklasse auch wirklich zum Nutzen der Arbeiter ausläßt.

Nachdem nunmehr die politischen Richtungen innerhalb der Arbeiterklasse und die Interessenten selbst auf dem Reichkongreß ihre Stellungnahme zur Rätefrage präzisieren haben, bleibt es noch den berufenen Vertretern der Gewerkschaften vorbehalten, ihre Ansicht über das Rätehilfsmittel in die Waagschale zu werfen. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg wird das hoffentlich mit wünschenswerter Deutlichkeit geschehen.

Zur Betriebsrätefrage

Die unter dieser Überschrift in Nr. 65 des „Korr.“ vom Kollegen Schmidt gemachten Ausführungen über den Entwurf des Betriebsrätegesetzes zeigen, wie wenig die wahren Freunde des Rätegedankens mit dieser Veranlassung zufrieden sein können. Jeder, der auch nur einigermaßen den Grundgedanken des Rätehilfsmittels in sich aufgenommen und gefaßt hat, wie die Regierung erst zu diesen Zugeständnissen gezwungen werden mußte, wird darin keinen verheißungsvollen Anfang erblicken, wie der Artikelredakteur in Nr. 61 des „Korr.“, dem die Gegenmeinung des Kollegen Schmidt gilt. Viel eher kann man in dem Entwurf das Grab sehen, in dem der Rätegedanke verschwinden soll. Die Regierung, die ja noch am 25. Februar erklärte, „daß kein Mitglied des Kabinetts daran denkt oder je gedacht hat, das Rätehilfsmittel in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzuführen“, waagt es noch nicht offen, den Betriebsräten ebenso wie den Soldaten- und kommunalen Arbeitererräten das Gewicht zu brechen. Die Revolution schenkt den Betriebsräten die Macht, die sie trotz aller Schläue von Regierungs- und Kapitalisten sich zu erhalten und zu festigen gewußt haben, und diese Macht ruht auf den Schultern des Proletariats, das von der Klassenkenntnis durchdrungen ist und instinktiv fühlt, daß nur auf der Grundlage des Rätehilfsmittels der Welterbau unseres Wirtschaftslebens erfolgen kann. Mit dieser Macht muß die Regierung rechnen, und so soll der Entwurf dieses Spezialgesetzes vorerst ein Schlafpulver sein, die Leidenschaft der aufstehenden Betrogenen einzulullen, um später das Grab zuzuschleimen. Die Pläne des Wirtschaftsministeriums für ein „Gesetz über die deutsche Gemeinwirtschaft“ sowie für ein „Gesetz über den Arbeiterfrieden“ zeigen ja ganz deutlich, wie der — Kapitalismus verankert werden soll. Dazu der famose Aktus der preußischen Regierung, „der gleichbedeutend ist mit einer Beseitigung des Streikrechts“, wie ja die Redaktion in Nr. 65 des „Korr.“ schon treffend ausgeführt.

Gegen dieses Begräbnis des Rätegedankens muß das Proletariat mit aller Macht sich wehren. Der Entwurf der Regierung ist nichts weiter als eine Neuauflage der von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaftsführern schon vor der Revolution ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft, die das bedrohte Kapital retten sollte. Wir haben kein Interesse, das durch die Revolution gefährdete Kapital zu beseitigen und wieder aufzurichten. Selbst gegen eine sich sozialistisch nennende Regierung kennt das Proletariat keine dringendere Aufgabe, als mit ganzer Schärfe gegen den Kapitalismus Sturm zu laufen und jede Möglichkeit einer Erweiterung seiner Machtposition festzuhalten, bis das Ziel erreicht ist, um das Partei und Gewerkschaften jahrzehntelang gerungen und nur durch den Krieges- und Siegesanfallsismus aus den Augen verloren: den Sozialismus.

Ein Posten, vielleicht der wichtigste auf diesem Wege zum Ziele, sind die Betriebsräte. Betragen von dem Vertrauen der Arbeiter, sind sie berufen, den Übergang von der kapitalistischen in die gemeinwirtschaftliche Produktion zu überwachen und ihre so gesammelten Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der Allgemeinheit zum Wohle des Staatsganges zu stellen. In der Ausübung dieser Tätigkeit muß ihnen das weitgehendste Recht eingeräumt werden. Immer und immer wieder wird darauf hingewiesen, daß wir in Deutschland, ja in Europa nichts weiter an positiven, wirtschaftlich verwertbaren Besitz haben als die Arbeitskraft der Einwohner; weshalb also soll da noch auf Kapitalisteninteressen Rücksicht genommen werden, da ja nur der Arbeiter der Träger dieses Wertes, dieses eigentlichen Volksermögens ist. Es gibt nur ein Interesse aller Volksgenossen: den finanziellen Bankrott, den wirtschaftlichen Niedergang unseres Staatswesens zu beseitigen. Und das muß schnell und gründlich geschehen. Halbheiten auf diesem Wege wie der Entwurf des Betriebsrätegesetzes können nur.

Es sind der Regierung bessere und wertvollere Anregungen zugegangen von wirklichen Freunden des Rätehilfsmittels, denen man auch die Liebe zum Volke, des arbeitenden insbesondere, nicht absprechen kann. Wäre die Regierung nicht nur dem Namen nach sozialistisch, so hätte sie wohl durchgreifendere Reformen auf dem Wege zum Sozialismus bringen können. Aber es ist ihr nicht ernst damit. Die immer zunehmende wirtschaftliche Not aber wird auch dem besten Arbeiter die Augen öffnen, und schon geworben wird er vollenden helfen, was die Revolution am 9. November begonnen: Den Sozialismus zur Tatsache werden lassen.

Von diesem Standpunkte betrachtet, erkräftigt es sich, auf den vorliegenden Entwurf näher einzugehen. Die Arbeiter wollen nicht nur ihre Arbeitskraft zum Wohle des Volksganges hergeben, sie wollen auch mitbestimmen und entscheidenden Einfluß ausüben, daß der Erfolg dieser Arbeitskraft nicht nur einigen Ausbeutern und Parasiten zu ihrem Sonnenleben verhelfe, während sie selbst nach wie vor im Schatten verkrümmen. Das können sie aber nicht, wenn den von ihnen gewählten Betriebsräten nicht auch Einfluß und entscheidendes Eingreifen in alle Produktionsvorgänge und Geschäftspraktiken gesetzlich gewährleistet wird. In dieser Hinsicht verlagert der Gesetzesentwurf vollständig.

Will man aber entgegen, daß so weitgehende Rechte den Betriebsräten nicht eingeräumt werden können, weil dann Übergriffe zum Schaden der Gesamtheit unumzweifelbar wären, so möchte ich darauf verweisen, daß die Betriebsräte von übergeordneten Arbeitern oder Bezirksräten wie auch von ihren Wählern kontrolliert werden und jederzeit zurücktreten müssen, wenn die Betriebsversammlung es beschließt. Eine zweijährige Amtsdauer, wie der Entwurf sie vorschreibt, verhindert dies. Die jederzeitige Abberufung hingegen verhindert, daß nicht wieder nur einzelne Personen, deren Charakter man ja wie auch ihre Fähigkeiten erst durch ihre Befähigung recht würdigen kann, sich zu einseitigen Führern aufschwingen und den Bürokratismus für alle Wirklichkeit verankern. Diese Art Führer sind genug geschäftet worden. Wohin sie uns geführt, das haben wir heute mit erschreckender Deutlichkeit. Der Aufbau des Wirtschaftslebens kann nur von unten beginnen, und er wird vollzogen werden durch die arbeitende Masse, die die dringenden Notwendigkeiten am deutlichsten fühlt. Nicht des Staates aber muß es sein, durch Bereitstellung von Bildungsmitteln und -möglichkeiten aus den Arbeitern Menschen zu machen, die jederzeit den ihnen ausgewiesenen Pflichten ausfüllen können. Solche Möglichkeiten bestehen schon heute, und der Eifer, mit dem sich auch viele unserer Berufsossen zur praktischen Befähigung wenden, beweist gerade, daß sie nicht mehr gewillt sind, proßigen Herrenmenschen als Untergebene, sondern als Gleichberechtigte gegenüberzutreten zu können, ja mehr noch, proßige Herrenmenschen zu befehligen sich zur Aufgabe machen. Der Kapitalismus, der in diesen Herrenmenschen keine Verdrüperung findet, kann aber nicht befehligt werden, wenn die Regierung durch solche Gesetze wie das vorliegende jede Möglichkeit dazu von vornherein unterbindet. Selbst wenn man die Schwierigkeiten der plötzlichen Umgestaltung des Wirtschaftslebens auf anderer Grundlage nicht erkennt, muß doch gelagt werden, daß mehr hätte geschehen können, und daß die Regierung schon zu lange gewartet hat. Unsere Forderung also muß darauf hinauslaufen, daß dieser Entwurf nicht Gesetz wird, wenn nicht grundlegende Änderungen daran vorgenommen werden, die den Betriebsräten mitbestimmenden Einfluß gewährleisten und eine schleunige Umüberleitung von der privaten in die gemeinwirtschaftliche Produktion ermöglichen. Nur dann kann das Wirtschaftsleben in absehbarer Zeit wieder gebunden.

Deutschland ist bankrott. Diese Tatsache besteht und läßt sich durch nichts mehr verbunkeln. Latentlos hat die Regierung zugegeben, wie die Weltenden das Kapital ins Ausland brachten oder auf andre Art dem Zugriff der Regierung entzogen. Nun sollen die phantastischen Steuerverpläne eines Dattelschlittens-Darbhurg aus diesem Sumpfe herausheben, in den goldbringende Kapitalisten uns geführt. Natürlich auf Kosten der Arbeiter; denn andre Werte als die Arbeitskraft des Volkes existieren ja heute nicht mehr. Anstatt aber in Erkenntnis dessen den arbeitenden Massen des Volkes den ihnen gebührenden Platz im gesellschaftlichen Leben endlich einzuräumen und ihre Rechte als alleinige Wertschaffer und Träger des Volksermögens zu erweitern, beschneidet man ihnen auch noch die wenigen, die sie haben. Diese Absichten kennzeichnen deutlich den Geist, der aus dem Entwurf für das Rätegesetz heroorbricht. Bei der Zusammenkunft der Nationalversammlung ist nicht zu erhoffen, daß wesentliche Besserungen in das Gesetz hineingearbeitet werden. Deshalb muß es von der Arbeiterklasse abgelehnt werden. Der einzige Weg, auf dem das Proletariat und in ihm wir Buchdrucker wieder zum Aufstieg, zur wirtschaftlichen und politischen Macht gelangen kann, ist die schleunige Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens, die wirklich durchgreifend nur vollzogen werden kann auf der Grundlage des Rätehilfsmittels.

Berlin. Richard Reeb.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Gewerkschaftliche Produktions- und Lohnregulierung

Die Frage der Sozialisierung ist nun auch bei uns zur Erörterung gestellt. Bei uns Buchdruckern wird diese Frage wohl im allgemeinen viel Unbehagen finden. Und doch gibt es sehr viele Gründe, die gegen eine Sozialisierung gerade der Buchdruckbetriebe sprechen. Diese Gründe wurzeln im Berufe selbst. Die Mehrzahl der Buchdruckereien haben wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu irgendeiner politischen Partei. So, man kann sagen, daß die gegenseitige Bekämpfung in politischer Beziehung das belebende Element und die Existenzgrundlage eines sehr großen Teiles unserer Berufsangehörigen bildet. Eine allgemeine Sozialisierung würde wohl kein Nutzen, aber ein ungeheurer Schaden für diese sein. Aber auch für die Allgemeinheit würde nur Schaden aus einer

Sozialisierung der Buchdruckereien entstehen, denn diejenige Regierung, die diese einführt, würde doch wohl, trotz der besten Absichten, darauf dringen, daß ihre Gesetzgebung im Volke verbreitet würde. Und ein Volk, dem im allgemeinen nur eine Meinung, ohne jede Gegenkraft, eingepflanzt würde, würde es nicht mit der Zeit geistig veröden?

Unabhängig davon könnte für die Gewerkschaft aus einer Sozialisierung Vorteil erwachsen, ohne daß der Beruf dabei geschädigt, das belebende Element des Gewerbes unterdrückt würde. Und zwar habe ich hier einen ganz neuartigen Vorschlag im Auge, eine Sozialisierung, zu beruflich Vergeellschaftung der Gewerkschaft. Wohl in keiner andern Gewerkschaft wären die Vorbedingungen für eine solche so gegeben wie bei dem Verbands der Deutschen Buchdrucker. Wir haben eine Tarifgemeinschaft, die unsere Arbeitsbedingungen für fast alle Berufsangehörigen regelt, und es gibt gegenwärtig wenig Orte im Reich, wo der Tarif noch nicht seinen Einzug gehalten hätte. Der einzige Punkt, der meinem Vorschlage noch viele Gegner erwachsen ließe, wäre die Lohnfrage. Aber wäre diese ein so großes Hindernis? Nach bei jeder Erhöhung des Minimums sind die höheren Löhne gedrückt worden, so daß wir wohl mit Recht sagen können, die Mehrzahl der Buchdrucker ist annähernd gleichgestellt. Wenn auch dem einzelnen jede Mark zu gönnen ist, die er mehr einnimmt, so ist bei den heutigen Geldverhältnissen ein Unterschied von 10 ja sogar 20 Mk. so minimal, daß er gar nicht in Betracht kommen kann. Und, hier sei es offen gesagt, bei weiteren Erhöhungen des Mindestlohns, die ja nicht ausbleiben werden, werden unsere Löhne immer mehr nivelliert.

Ich verstehe nun unter einer Vergeellschaftung der Gewerkschaft, daß sie wie bisher zur Verfügung der Betriebe steht, daß sie aber im übrigen ihre Produktion selbst verwaltet. In jedem größeren Betriebe würden je nach der Gehilfenzahl ein oder mehrere Vertreter gewählt, die die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaft zu überwachen haben. Eine ähnliche Organisation besteht ja jetzt durch Gesetz in der Wahl von Betriebsräten, nur daß hier die gesamte Arbeiterkraft des Betriebs vertreten wird. Die kleineren Betriebe hätten dann ihre Vertretung in den vom ganzen Orte gewählten Vertretern, dem auch die Betriebsräte der größeren Betriebe unterstellt sind, also entsprechend dem jetzigen Ortsvorstande. Die Organisation besteht ja übrigens schon in unserm Gew., Bezirks- und Ortsvorständen. Nur müßten deren Befugnisse durch eine solche Vergeellschaftung der Gewerkschaft bedeutend erweitert werden, sie hätten diejenige Kontrolle, die die Regierung gegenüber den sozialisierten Betrieben hat, für die Buchdruckbetriebe zu übernehmen. Auf Einzelstellen will ich hier nicht eingehen; ich möchte nur eine Anregung dieser Frage geben, ihre spezielle Erörterung überlasse ich der Zukunft. Aber welche Aussichten würde eine solche Vergeellschaftung der Gewerkschaft eröffnen?

Das Ideal, das unser Verband seit seiner Gründung erstrebt, Ordnung im Gewerbe zu erzwängen und jedem Gehilfen eine menschenwürdige Lebensbedingung zu schaffen, würden wir um ein Bedeutendes nähergerückt werden. Arbeitslosenpolitik, Invalidenversicherung und andre Fragen würden eine ganz andre Lösung finden, als sie im gegenwärtigen Zustande möglich ist. Daß für die Aus- und Durchbildung der Gehilfen eine weit größere Möglichkeit vorhanden wäre, wie unter dem gegenwärtigen Zustande, wo der einzelne von der Günst- oder Ungünst seines Vorgefetzten abhängig ist, will ich nur nebenbei erwähnen. Der junge Gehilfe, der gegenwärtig oft aus Angst, sein Brot zu verlieren, nicht aus der Lehrbrüde hinauszutreten ist, hätte die Möglichkeit, sich in andern Geschäften zu vervollkommen; manches Talent, das jetzt aus Mangel an Gelegenheit, sich zu entwickeln, verkrümmert, könnte zur Ausbildung gelangen.

Eine besondere Schwierigkeit bietet dabei die Lohnfrage. Es wäre doch selbstverständlich, daß einem Spezialarbeiter, einem Künstler usw. ein entsprechender Aufschlag über das Existenzminimum zugebilligt werden müßte. Ebenso müßte den älteren Gehilfen eine Steigerung ihres Einkommens zugebilligt werden, wie ja dies bei den heutigen sozialisierten Betrieben, den Staatsbetrieben, auch der Fall ist. Nur wäre eine solche Maßnahme nicht, wie jetzt, in das Gutdünken und Wohlwollen eines einzelnen Vorgesetzten gestellt, sondern sie würde nach Recht und Gewissen von den Vertretern der Gewerkschaft erörtert und verfügt. Eine Erörterung über die Lohnauszahlung, ob die dann noch direkt oder auch durch Vermittlung der berufenen Vertreter der Gewerkschaft zu geschehen hätte, will ich heute unterlassen. Aber das eine will ich noch sagen: Durch die Inangriffnahme einer solchen kulturfortschrittlichen Aufgabe, die die Arbeiterkraft eines Berufs der Rechtfertigung und den Launen eines kapitalistisch erzeugten Betriebsunternehmers und seiner von ihm abhängigen Beauftragten entzieht und sie in ihre eigene Verwaltung überführt, würden sich die Buchdrucker wieder einmal als das erweisen, als was sie früher immer bekannt worden sind, als Pioniere der Arbeiterkraft. Stuttgart. R. S.

Buchführung und Bilanz

Am bei Sozialisierung eines Betriebes das Richtige, oder, wie der Kaufmann sagt, das Allerheiligste des Geschäftes gleich von Anfang an zu erfassen, wäre es zweifellos nötig, daß die Buchführung und die Bilanzen des letzten Geschäftsjahrs unter Kontrolle gestellt werden, d. h. nicht „gefärbt“ oder „verleibert“ werden, wie wir es leider in den Kriegsjahren bei Bilanzen früherer Firmen gesehen haben. Ich will nur z. B. das Konto „Abfertigung“ oder „Bankkonto“ anführen.

Mit dem Striege sind in den Bilanzen verschiedene Konten charakteristisch worden, so z. B. das Konto „Kriegs-Neuerichtigungen“. Ich möchte nur dringend wünschen, daß die „neue Regierung“ diese Summen „recht bald“ ein- kassiert und die Arbeitskraft damit entlastet.

Dah außer den Steuerbehörden, und ich glaube sogar vor diesen nicht ganz, keine Behörde nach den Bilanzen mit Büchern gefahren hat, ist bebauerlich. Auch das „Privatentnahmehkonto“ und das „Geheimkonto“ müssen ebenfalls geprüft und bei Sozialfragen dann verhandelt werden. Es ist von großer Wichtigkeit, daß in die Kommissionen bzw. Arbeitsausschüsse auch Kollegen gewählt werden, die mit der Buchführung vertraut sind. Stuttgart. Mögliche.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

yr. Wiesfeld. In der Mitgliederversammlung am 29. Mai berichtete Vorsitzender Löschner u. a., daß namentlich auch die Drucker der Anstalt Weib, nachdem das Graphische Arbeitsamt vermittelnd eingegriffen habe, eine Entschuldigsumme gezahlt habe, leider aber nicht in der Höhe wie alle übrigen Druckereien, sondern nur pro Zeile 40 Mk. Eine Neu- und eine Wieder- aufnahme fanden Bestätigung. Nach einer lebhaften Debatte über die ungenügende Nahrungsmittelzulassung leitens der Stadt berichtete Kollege Menerhoff kurz über die letzte Kartelltagung. Darauf führte Kollege Weeking den Neuaustritt bei der Einführung in den Verband die Zwecke und Ziele des Verbandes vor Augen, wies dabei auch auf die Tariftätigkeit hin und empfahl dringend den Eintritt in die Sparten und Typographische Vereinigung. Im Anschluß daran gab der Vorsitzende einen interessanten Bericht über die letzte Bezirksvorsteherkonferenz. Er schilderte die Verhandlungen des Tarif- ausschusses und der Gavoursteherkonferenz und wies besonders auf die diesmaligen Schwierigkeiten hin, womit unsere Vertreter bei der Diskussion der Prinzipale zu kämpfen hatten. In der Diskussion wurde besonders bedauert, daß eine weitere Vertikung der Arbeitszeit nicht zu erreichen gewesen sei. Einflimmig stellten sich die Versammelten auf den Boden der auf der Bezirksvorsteherkonferenz angenommenen Resolution. — Die außerordentliche Versammlung am 3. Juni ehrte zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Alsdann gab Vorsitzender Löschner einen Bericht über die Aufnahme der Berichterstatter von der Bezirksvorsteherkonferenz im Bezirke, Delmold, Herford, Minden und Paderborn, zu denen die unglücklichen Orte geladen und erschienen waren. Aberall habe man sich der auf der Konferenz angenommenen Resolution angeschlossen und mit dem Erreichen in Anbetracht der Verhältnisse zufrieden gegeben. Die Einführung der neuen Feuerungszulage hier am Ort ist überall glatt durchgeführt. Auf Beschluß der Versammlung wird das Johannistfest in größerem Rahmen gefeiert werden. Der Typographischen Vereinigung wurden 50 Mk. bewilligt, die Arbeitslosen, Invaliden und Kranken erhielten eine außerordentliche Unterstützung von je 20 Mk. als Pfingstgabe, und dem Bildungsausschuss des Kartells wurden 100 Mk. überwiesen. Lokale Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Wochm. Aberaus zahlreich waren die Kollegen in unfer Bezirksversammlung am 1. Juni erschienen, um den Bericht des Gehilfenvertreters des Kreises II über die letzten Verhandlungen des Tarifausschusses entgegenzunehmen und das Urteil über den notwendig gewordenen Schiedspruch zu fällen. Klein Plätzchen in dem weiten Saale des „Römer“, unsern neuen Vereinslokal, war leer geblieben. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt und das hoffentlich letzte Friedensopfer in üblicher Weise gekehrt war, verfolgten die Anwesenden mit spannender Aufmerksamkeit die martigen, oft mit lebhafter Zustimmung begleiteten Ausführungen des Kollegen Albrecht, die nicht nur die hartnäckigen Verhandlungen mit all ihren Schwierigkeiten klar erkennen ließen, sondern auch die Vorkommnisse im Gehilfenlager kennzeichneten. Der ihm schließlich gezeigte starke Beifall legte wohl den besten Beweis dafür ab, daß die Gehilfenschaft doch noch etwas von ihrem Gehilfenvertreter „wissen will“. Nach kurzem Eingehen auf das Ergebnis der Düsseldorf-Bezirksvorsteherkonferenz empfahl Kollege Friedemann die Annahme der dort gefassten Entschlüsse. In der Aussprache wurde das Verhalten der Prinzipale scharf verurteilt und der Nachweis geführt, daß die Gewinne bei den Preisfestlegungen für Druckmaschinen und besonders in Zeitungsweesen immer noch derartige gewesen seien, daß sie eine bessere Entlohnung der Gehilfen ausbilden könnten. Ein Beispiel, wonach eine Bochumer Firma mit 25000 Mark Kriegsgewinnsteuer herangezogen worden sei, lasse auf den Gewinn dieser und gleichartiger Firmen untrügliche Schlüsse zu. Alle Redner stimmten darin überein, daß der Schiedspruch nicht befriedigen könne; er bringe keinen Ausgleich für die noch fortwährend besonders im Industriegebiete steigenden Lebensverhältnisse. Lebhaft wurde bedauert, daß es nicht möglich gewesen, eine Regelung der Lohnaufschläge, deren Verschiedenheit im Industriegebiete bei den gleichen Feuerungsverhältnissen eine schreiende Ungerechtigkeit bedeute, herbeizuführen worden sei. Allgemein wurde die Tätigkeit der Gehilfenvertreter, besonders das mitbewohnte Wirken des Kollegen Albrecht, dankbar anerkannt. Eine vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme.

M. Darmstadt. Daß das buchdruckerisch-technische Streben hier am Orte noch nicht ganz erloschen ist, beweist das von vielen Kollegen geäußerte Verlangen zur Gründung einer fachtechnischen Vereinigung für den Darm-

städter Bezirk. In einer vom Kollegen Nebe zum 6. Juni einberufenen Versammlung wurde die Gründung einer großartigen Vereinigung beschlossen. Der Einberufer konnte der von gutem Gelfe besetzten ersten Zusammenkunft mitteilen, daß sich bereits über 50 Kollegen vom Bezirk als Mitglieder gemeldet haben. Es wurde einstimmig beschlossen, unter dem Namen Typographische Gesellschaft Darmstadt die noch an den Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften anzuschließende Vereinigung für den Bezirk Darmstadt ins Leben zu rufen. Möge das große Interesse, das in dieser Versammlung zutage trat, auch fernerhin nicht nachlassen zur Förderung des Allgemeinwohlens auf fachtechnischem Gebiete zum Wohle jedes einzelnen Kollegen und zur Aufrechterhaltung des kollektiven Zusammenlebens aller Kollegen im hiesigen Bezirksverein. Alle Korrespondenzen und sonstigen Mitteilungen sind vorläufig an Kollegen Alb. Nebe, Abtönring, zu richten.

Dillenburg-Herborn. Am 4. Juni fand in Herborn eine Versammlung statt zwecks Entgegennahme des Berichts über die Verhandlungen des Kollegen Nepedts (Frankfurt) mit dem Inhaber der Druckerei Weid (Herborn), der sich anfänglich überhaupt weigerte, die neuen Feuerungszulagen zu zahlen. Die unvermeidlich gewordenen Folgen einer solchen Weigerung scheinen den Herrn bestimmt zu haben, einen andern, weniger feigen Weg zu suchen. Dieser bestand denn in der Bereitschaft zur Zahlung der Zulagen, jedoch war damit die gleichzeitige Auflösung der Fälligkeit des vorhandenen Personalbestandes verbunden (sinnlos zu sein). Die Verhandlungen hierüber führten jedoch zu keinem wesentlichen Ergebnisse, so daß weitere Schritte eingeleitet werden mußten. Auch die Druckerei Weidbach in Dillenburg konnte sich bisher nur zu vorbehaltlicher Auszahlung entschließen. Bezüglich der Fälligkeit es auch hier eines nochmaligen unanfasslichen Anlaufes bedürfen. Im Anschluß daran wurde die Vorstandswahl vollzogen und damit unter während des größten Teiles des Krieges außer Aktion getretener Drucker wieder zu neuem Leben erweckt. Aus der Wahl gingen u. a. hervor: als Vorsitzender Heinrich Spuler und als Kassierer Karl Giesler. Der Kassierbericht und einige Interna beschlossen die harmonisch verlaufene Versammlung.

Dorfum. (Maschinenseher.) Die am 1. Juni im Borrort Dorfum abgehaltene Bezirksversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Die Werbefähigkeit unfer Vereinigung ist eine sehr rege; aufgenommen wurden 45 Kollegen. Die Versammlung beschloß, den hoffentlich recht bald aus der Gefangenschaft heimkehrenden Mitgliedern ein Geschenk von 20 Mk. als Willkommens- geschenk zu überreichen. Die Aussprache über die Verhandlungen des Tarifausschusses zeigte eine lebhafte Diskussion. Mit schallender Heiterkeit wurde eine Mitteilung von Anna aufgenommen. Dort forberte die Firma Rubens die Kollegen vor Abschluß eines Engagements zum „Probefahren“ auf. Dabei zahlt die Firma das Minimum. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, solche unwürdige Zumutungen abzulehnen.

Duisburg. Zur zweiten diesjährigen Bezirksversammlung waren laut Präsenzliste aus Duisburg 75, Mülheim 32, Oberhausen 17, Hamborn 9, Sterkrade 8 und Ruhrort 9 Kollegen erschienen. Das Andenken zweier verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Vorsitzender Paleyhi teilte mit, daß bei der örtlichen Bewegung im April die Kollegen in Duisburg, Mülheim (Ruhr), Ruhrort, Hamborn und Oberhausen einen wöchentlichen Feuerungsauflage von 15 Mk. und in Sterkrade einen solchen von 12 Mk. erzielt hätten. Die Nacharbeit wurde durch einen Vertrag mit den Prinzipalen abgeklärt. Dieser Vertrag wurde von den Kollegen der „Ruhrorter Volksgesellschaft“ durchbrochen, indem sie die Nacharbeit wieder einführen. Als Grund für ihre Handlungsweise gaben die Kollegen an, daß infolge des niedrigen Gasdrucks in den ersten Morgenstunden sowie der schlechten posttäglichen Verbindung, die eine Ausnahme der neuesten Nachrichten verhinderte, die „Volksgesellschaft“ einen großen Abnehmerabgang zu verzeichnen gehabt hätte, so daß der Verlag dazu übergehen mußte, die frühere Erscheinungsweise der Zeitung wieder herzustellen. Das unolidarische Verhalten der Kollegen fand in der Diskussion entsprechende Würdigung. Vom Zeitungsverlegerverein „Rhein und Ruhr“ ging darauf ein Schreiben ein, daß die Zeitungsdrucker am 2. Juni die Nacharbeit wieder einführen würden. (St. inzwischen leider auch geschehen. D. Schrift.) Nach Erstattung des Kassierberichts durch Kollegen Wesselt hat gab Kollege Paleyhi einen ausführlichen Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Düsseldorf. Die Versammlung war zwar mit dem Ergebnisse der Tarif- ausschlußverhandlungen nicht zufrieden, nahm aber mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage das Erreichte an und erklärte einstimmig ihr Einverständnis mit der auf der Bezirksvorsteherkonferenz gefassten Resolution.

Glaf. In der am 2. Juni abgehaltenen Versammlung legte Vorsitzender Dörich aus Gesundheitsrücksichten sein Amt nieder, und an seiner Stelle wurde Kollege R. Krupa gewählt. Auch Kollege Walgeboch als Kassierer trat von seinem Amte zurück, und es übernahm Kollege M. Weber den Kassierposten. Als Kandidaten für die Arbeiterratswahl wurden zwei Kollegen als ständige Vertreter bzw. als Stellvertreter gewählt; ebenso ein Vertreter für den Bildungsausschuss des Kartells als Vertreter der Graphischen Vereinigung. Ferner wurde beschlossen, das Johannistfest in Form eines Ausfluges zu begehen. Interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Göppingen. Unser Ortsverein hielt am 31. Mai eine außerordentliche Versammlung ab, bei der auch Kollegen aus Geiblingen, Kirchheim und Solach erschienen

waren. Gavourstehrer Klein (Stuttgart) gab dabei einen ausführlichen Bericht über die Tarifauschlußtagung, der mit Beifall aufgenommen wurde und zu reger Diskussion Anlaß gab. Im allgemeinen war die Verlammlung mit dem Erreichten zufrieden, wünschte aber baldigste Er- lebbung der noch schwebenden Punkte, besonders der Lohnaufschlagfrage, die für die Gehilfen Kollegen schon längst brennend ist.

Kanau. Am 3. Juni nahm eine Kartellbesuche Ver- sammlung den Bericht des Gehilfenvertreters Nepedts über die Tarifauschlußtagung entgegen. In anderthalb- stündigen Ausführungen gab dieser in scharfzüngigem Vortrag ein Bild von den Schwierigkeiten, die bei den diesmaligen Verhandlungen überwunden werden mußten. Die Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, fand ihren Niederschlag in der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der das wenig entgegenkommende Verhalten der Prinzipalvertreter aufs schärfste verurteilt wurde. Wenn die Gehilfenschaft Kanau sich trotzdem mit dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses einver- standen erklärte, so tat sie dies nur im Interesse des beruflichen Erlebens. Die Mollate der Gehilfenschaft sei durch die materielle Zuwendung bei weitem nicht beboben. Den Gehilfenvertretern wurde Anerkennung ausgesprochen. Der Bericht der Vertrauensleute ließ erkennen, daß die Durch- führung des durch Schiedspruch festgestellten in Kanau ohne nennenswerten Anstand erfolgte.

R. Wiegand. Die von etwa 90 Mitgliedern besuchte Versammlung am 3. Juni beschäftigte sich nach Auf- nahme übergetretener Kollegen hauptsächlich mit den Ver- handlungen des Tarifausschusses. Vorsitzender E. Scholz streifte den Gang der Verhandlungen, und in der darauf einlaufenden Aussprache bedauerte man, daß unsern Prin- zipalen das soziale Verständnis für ihre Arbeiter abhanden gekommen sei, was in den Verhandlungen deutlich her- vorkam. Mit dem gefällten Schiedspruch in bezug auf Feuerungszulage und Ferien erklärte man sich einverstan- den, jedoch nicht mit dem Abzuge des Mittels der Ent- schuldigsumme, da diese Forderung außerordentlich war, allen Arbeitern der Betriebe ausgezahlt und von den hiesigen Prinzipalen auch als solche anerkannt wurde, unter der ausdrücklichen Betonung, daß diese Summen mit dem Tarif nichts zu tun haben. Da diese Zulagen auch außerhalb des Stichtages lagen, also nach dem 5. Mai ausgezahlt wurden, ist das Kartell zur Entscheidung an- gerufen worden. Dieser Entscheidung will sich dann die hiesige Mitgliedschaft fügen. Es gelangten noch einige Anträge zur Bezirksversammlung zur Befredung. Eine bezüglich der Zurücklegung des Festberichts bei sechs hiesigen Druckereien eingeholte Offerte ergab ziemlich hohe Preise, und es wurde beschlossen, dieserhalb von einer Zurücklegung abzu- sehen. Den Kartellbericht erstellte Kollege Seewald, der u. a. die Bildung einer Einwohnerwehr und die gegen- wärtige Wohnungsnot befechtete.

Minden (Westl.). In der Versammlung am 31. Mai war Kollege Ernst (Wiesfeld) anwesend, um über die Bezirksvorsteherkonferenz Bericht zu erstatten, die sich im wesentlichen mit dem Ergebnisse der Tarifauschlußtagung beschäftigte. Die Aussprache ergab, daß man im großen und ganzen mit dem Ergebnis zufrieden war, wenn auch bedauert wurde, daß die Prinzipalvertreter den berech- tigten Forderungen der Gehilfen so wenig Verständnis entgegenbrachten, so daß man es zu einem Schiedspruch habe kommen lassen müssen. Die Versammlung erklärte sich dann mit der auf der Bezirksvorsteherkonferenz in Düsseldorf angenommenen Resolution einverstanden. Außer einer Ausnahme wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen und darauf die gutbesuchte Versamm- lung, zu welcher auch die Synhauser und Lübbeder Kol- legen erschienen waren, geschlossen.

Münberg. (Vierteljahrsbericht.) In der Ver- sammlung am 4. April hielt uns Kollege Redakteur Max Schneider einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Stedlungsbestimmungen der deutschen Arbeiter“. Zur Beherligungseinstellung wurde in den hiesigen Zeitungen von Vorstehenden eine Notiz veröffentlicht, die die Ver- hältnisse im Verufe schilderte und die Eltern aufmerksam machte, sich vorher auf dem Bureau der Mitgliedschaft Rat zu holen. Aus dem Kartellbericht war zu ent- nehmen, daß an die Mitglieder der Gewerkschaften aus Seeresbeständen Wächte, Anzüge usw. zu angemessenen Preisen abgegeben wird. Weiter beschäftigte sich die Ver- sammlung mit einem Antrag eines Kollegen, der einen besseren Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung wünscht, der der Generalkommission als Antrag für den Gewerkschaftskongress überhandt wurde. — Eine überaus zahlreich besuchte Versammlung, in der auch die früher Mitgliedschaft stark vertreten war, nahm am 19. April Stellung zur Tarifauschlußtagung. In längeren Aus- führungen ging Vorsitzender Reichardt die einzelnen Punkte durch, dabei zum Schluß die Erwartung aus- sprechend, daß auch diese Tarifauschlußtagung für die ge- samte Kollegenschaft Gutes schaffen und sie einen tüchtigen Schritt vorwärts bringen möge. In der Diskussion, die recht anregend und sachlich geführt wurde, forderten alle Redner eine Erhöhung des Lohnes und wurden ent- sprechende Vorschläge gemacht. Ebenso wurde in allen andern Punkten, besonders in der Ferienfrage, ein ent- sprechender zeitweiliger Ausbau unferes Tarifgebäudes ge- winnt. Verschiedene Anträge zu den einzelnen Fragen wurden einstimmig angenommen und nach Durcharbeitung durch die Vorstandschaft und eine zu diesem Zweck ge- wählte fünfgliedrige Kommission dem Gavourstehenden bzw. dem Verbandsvorstand überwiehen. — Am 26. April fand eine Versammlung für unsre aus dem Seeresdienst zurück- gekehrten Kollegen statt, bei der Vorsitzender Reichardt

(Fortsetzung in der Beilage)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit altem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 72 — Leipzig, den 28. Juni 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Die Begrüßungsansprache hieß und die Kollegen dringend aufforderte, sich nunmehr wieder eifrig der Fortbildung zu widmen, wozu ihnen die Sparten resp. die Typographische Gesellschaft wertvolle Hilfe leisten. — Von der Demobilisierungskasse Bayern-Nord (München) waren vorläufige Vorarbeiten für die Betriebsräte erlassen worden. In einer Drucker-Vertrauensmänner-Verammlung am 9. Mai wurden diese erläutert. Von der Metzger- und Redner wurden diese Vorarbeiten vorläufig für gut befunden und die Kollegen ersucht, sich tüchtig in die Materie zu vertiefen, was auch in der vorhergehenden Verammlung schon selbst gefordert worden war. — Am 3. Juni nahm eine wiederum sehr zahlreich besuchte Verammlung den Bericht der Kollegen Weichmidt und Knopp von der Ortsvorsteherkonferenz in München bzw. über die Gauvorsteherkonferenz und Tarifanschlußfragen entgegen. Vorher nahm die Verammlung verschiedene Maßnahmen vor, wobei diejenige eines jungen Kollegen bis zur Fällung des Spruches des hiesigen Schiedsgerichts zurückgestellt wurde. Der ausgemerkte Kollege erhielt 20 Mk. als Wochenlohn, wobei ihm von seinem Prinzipal empfohlen wurde, der Verbandsleitung zu erklären, er habe 50 Mk. erhalten. Bei dieser Gelegenheit erbot die Verammlung heiligen Einspruch gegen die Geschäftsführung des hiesigen Tarifschiedsgerichts durch den Prinzipalvorsitzenden, der eingereichte Klagen wochenlang liegen läßt. Alle Vorstellungen der Gehilfenschaft waren bisher erfolglos. Hieran ersatteten obengenannte Kollegen ihr Referat in kurzen, sachlichen Ausführungen. In der Diskussion wurde an dem Schieds- spruch scharf Kritik geübt. Das Verhalten der Prinzipale wurde als unverständlich bezeichnet, nachdem die Gehilfenschaft sich bisher so entgegenkommend verhalten hätte. Der Ausgang der Verhandlungen wurde als Zusammenbruch der bisherigen Tarifgemeinschaftspolitik (meh wohl heißen „Buchdrucker-Verbandspolitik“, Red.) bezeichnet und von einzelnen Rednern darauf verwiesen, daß unsre Führer die Situation verpaid hätten und so die Schuld an unsrer jetzigen „Miederlage“ trügen. Es wurde aber auch von anderer Seite darauf verwiesen, daß der Schieds- spruch doch nicht so ganz ohne ist; besonders in der Ferien- frage sei man ein gut Stück weitergekommen. Von allen Rednern wurde die baldige Einberufung einer Verbands- generalversammlung verlangt, von einigen auch die Fün- digung des Tarifs. In einer von Kolb und Genossen ein- gebrachten, gegen etwa 25 Stimmen angenommenen Reso- lution wird gesagt, die Münchener Gehilfenschaft könne dem Schiedspruch ihre Zustimmung nicht geben, da auch mit der jetzigen Steuerungsulage bei den Münchener Ver- hältnissen nicht auszukommen sei und die Preise für alle Lebensbedürfnisse weiter steigen. Das die schon aus ge- sundheitslichen Gründen geforderte Arbeitsverhütung wie die Einschränkung der Überarbeit an dem Wider- stande der Prinzipalität scheiterte, müsse mit Erlaunen er- füllt. Die Verammlung vertritt die Ansicht, daß die Tarifpolitik des Verbandes am 14. Mai zusammengebrochen sei. Es müsse deshalb sofort eine Generalversammlung unfrer Organisation einberufen werden, um über die Ge- schicknisse seit November 1918 urteilen zu können. Die Gehilfensvertreter dürfen aber daran nicht als Delegierte teilnehmen, da sie nicht in eigener Sache Richter sein könnten. Da inzwischen Polzeistunde eingetreten war, mußten die weiteren Tagesordnungspunkte für die nächste Verammlung zurückgestellt werden. Zum Schluß sei noch einer Aulagerung eines hiesigen Prinzipals Erwähnung getan, der einer Kommission der Hilfsarbeiter wegen Lohn- forderung erklärte: Organisiert euch erst wie die Buch- drucker, dann kann man mit euch verhandeln. Vor den Buchdruckern haben wir Respekt, die treiben durch ihr Vorgehen auch die Druckpreise mit in die Höhe. Die Hilfsarbeiter haben durch einen einträglichen, fast ausnahms- losen Zustand am 4. Juni einen vollen Erfolg errungen in Gestalt eines Tarifs mit bedeutenden Lohnaufbesserungen.

Weiden i. D. Nach fünfjähriger Pause fand hier wieder eine Bezirksversammlung statt, die leider nur schwach besucht war, was wohl auf die mäßlichen Ver- hältnisse zurückzuführen ist. Vertreten waren die Druckerei W. Schenck, Neustadt W.-N., Tischlerei und Weiden. Kollege Schindler (Regensburg) behandelte in seinem Referat die Lage im Buchdruck- gewerbe, das neue Arbeiterrecht, den Tarif und den Ver- band, während Kollege Kucheneiter (Regensburg) seinem Referat die Beibringungsulage und Fortbildungs- befreiungen der Gehilfen zugrunde legte. Beide Redner fanden für ihre sehr lehrreichen Vorträge den ungeheuren Beifall der Verammlung. Die daran anschließende Dis- kussion gestaltete sich sehr lebhaft, und es wurde insbesondere die Anregung zur Gründung eines größeren Bezirksvereins für die Oberpfalz freudig begrüßt. Das heutige Johannis- fest soll mit der Mitgliedschaft Regensburg gefeiert werden. Der Schiedspruch für das deutsche Buchdruckgewerbe wurde bekanntgegeben und insbesondere die Regelung der Ferienfrage als ein großer Fortschritt bezeichnet.

Wesel. Die am 1. Juni in Empel abgehaltene Be- zirksversammlung war von den Kollegen der Druck-erei Weiel, Rees, Emmerich, Bocholt, Dorsten und Win- slaken gut besucht. (Die linke Rheinseite vom Bezirke

wird auf die Dauer der Besetzung agitarisch von Kre- feld aus verfolgt.) Vorsitzender Lehmann gedachte zu- nächst des in seiner Heimat Zeulenroda verstorbenen Kol- legen Albrecht. Da es die erste Verammlung in Neu- deutschland war, begrüßte der Vorsitzende die glücklich aus dem Felde zurückgekehrten sowie die neu aufgenommenen Kol- legen. Durch den Zusammenbruch des alten Regiments ist auch hier am „dunkeln“ Niederrhein in Druckerorten, wo sonst die Organisation sich nicht entwickeln konnte, endlich Licht aufgegangen. Zum Massenbericht wurden keine Einwen- dungen erhoben. Sodann erstattete der Vorsitzende Ber- richt von der Bezirksvorsteherkonferenz und über die neuen Steuerungsulagen. In der hierauf einsetzenden lebhaften Diskussion kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß die durch den Schiedspruch gewährten Zulagen bei weitem noch nicht der Teuerung und auch nicht den Löhnen anderer Arbeiterkategorien in den Industrieorten entsprechend seien. Wie die einzelnen Vertrauensmänner berichteten, wurden die Zulagen anfangs nicht ausgezahlt, bis auf einige Aus- nahmen in Rees, Bocholt und Winslaken, wo die nötige Nachhilfe erfolgen soll. Unter „Vertriebenem“ kam noch eine durch die Zettlungen an die Öffentlichkeit gezeigte Un- gelegenheit vom Vororte zur Sprache betreffs Anfertigung von Verleumdungsschulden für die belgische Behörde. Der Vorsitzende gab hierüber die gewünschte Auskunft.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. Die Union-Druckerei und „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. gewährt ihrem technischen Personal nach einer neunmonatigen Be- schäftigungszeit im zweiten Berechtigungsjahr 6 Ar- beitsstage Ferien, bei einer Beschäftigungsdauer von über zwei bis vier Jahren 9 Arbeitstage, bis zu sechs Jahren 12, bis zu acht Jahren 15 und über acht Jahren 18 Ar- beitsstage. Außerdem wird neben dem Lohn ein Ferien- geldzuschuß gezahlt, und zwar für jeden Ferientag an Ver- beiterate 6 Mk., an Unverheiratete 4 Mk. In Krankheits- fällen bezahlt die Firma, wenn die Krankheitsdauer eine Woche dauert, für die ersten drei Tage, für die die Ortskrankenkasse kein Krankengeld ausbezahlt, den vollen Arbeitslohn. Weiter wird während der Dauer von 13 Wochen ein Krankengeldzuschuß gewährt, und zwar an Verheiratete bei mindestens dreijähriger Beschäftigung 10 Mk., bei mindestens fünfjähriger Beschäftigung 15 Mk. und bei mindestens zehnjähriger Beschäftigung 20 Mk. pro Woche. Ledige erhalten die Hälfte. — In Schweinfurt a. M. zahlt die Firma Heinrich Weppert ihrem Personal außer dem Lohn einen Feriengeldzuschuß, und zwar die Hälfte des Lohnes für die Zeit des Urlaubs.

Ein Beitrag zur Rentabilitätsfrage im Buchdruck- gewerbe. Das die meisten Buchdruckerbetriebe, besonders diejenigen, die eine Zeitung verlegen, trotz der enormen Verteuerung der Herstellungskosten immer noch ihren Mann ernähren, geht aus einem Inzertal heroor, das in Nr. 45 46 des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ zu finden ist und also lautet: „Achtung! Buchdruckerei mit kleiner Zeitung, konkurrenzlos, in großem Industrieorte Sachsens, Reingewinn 1918: 18959,00 Mk., in den ersten fünf Monaten 1919: über 10000 Mk., aus Gesundheits- rücksichten sofort für 50000 Mk., möglichst in bar, zu ver- kaufen. Zufragen mit Angabe der vorhandenen Mittel unter 170 F durch den Verlag dieses Blattes erbeten.“ Wir sind bestimmt nicht gefällig und wünschen nichts lebha- cher als einen flotten Geschäftsgang, weil ein solcher auch im Interesse der Gehilfen liegt; auf Grund der Gegenber- stellung des Reingewinns vom Jahre 1918 und desjenigen der ersten fünf Monate des Jahres 1919 könnte man jedoch der Ansicht zuneigen: je höher die Steuerungs- ulagen, desto mehr steigen die Einnahmen der Unter- nehmer.

Ausstellung von Freimarkentwürfen. Von Sonn- tag, den 29. Juni, an gelang im Deutschen Buchgewerbe- haus in Leipzig eine größere Anzahl der Entwürfe des Freimarkentwiefenwettbewerbs, der vom Reichspostministerium zur Schaffung einer besonderen Freimarkte zur Erinnerung an die deutsche Nationalversammlung im Frühjahr dieses Jahres ausgeschrieben war, zur Ausstellung. Trotz des kurz angelegten Mitberufungstermins und der damaligen Verkehrserschwerungen waren doch weit über 4000 Arbeiten eingelangt worden, von denen das Preisgericht 28 mit Preisen bedachte, während weitere 17 zum Ankauf emp- fohlen wurden. Die ausgestellten Entwürfe, von denen drei bereits in diesen Tagen als Marken erscheinen werden, bieten außerordentlich viel Interessantes, da unter ihnen alle Kunstströmungen bis zum Expressionismus vertreten sind, und werden scharflich zahlreiche Besucher nach den Räumen des Deutschen Buchgewerbehause locken. Die Entwürfe sind bis zum 8. Juli zu sehen, und zwar Sonn- tags von 11 bis 2, Wochentags von 10 bis 4 Uhr.

Steuerungsulagen- und Ferienbewegung der Hilfs- arbeiter. Eine Gauleiterkonferenz der Hilfsarbeiter hatte die Parole ausgegeben, die den Gehilfen durch Schieds- spruch ausgetandenen Steuerungsulagen und Ferienläge im

ganzen Verbandsgebiet auch für das Hilfspersonal zu for- dern. Dieser Aufforderung ist die Hilfsarbeiterchaft nach- gekommen. Aber das Resultat dieses Vorgehens in Berlin und Hamburg berichteten wir bereits in Nr. 69 des „Korr.“. Inzwischen sind in einer Reihe von andern Städten, teils durch Verhandlungen, teils durch Schiedspruch, Erfolge zu verzeichnen. In Frankfurt a. M. erhalten laut Ver- einbarung mit rückwirkender Kraft ab 5. Mai 1919 neue Steuerungsulagen pro Woche: Hilfsarbeiter unter 20 Jahren 15 Mk., über 20 Jahre 20 Mk., Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren 10 Mk., über 18 Jahre 15 Mk. Ferien wurden dem Hilfspersonal in derselben Höhe gestanden wie den Gehilfen. Zu einem Schiedspruch vor dem Schlichtungsausschuß kam es in Karlsruhe. Danach bekommen ab 5. Mai 1919 männliche Hilfsarbeiter unter 18 Jahren 12 Mk., von 18 bis zu 21 Jahren 16 Mk., über 21 Jahre 18 Mk.; weibliche Hilfsarbeiter unter 18 Jahren 10 Mk., über 18 Jahre 14 Mk. An Ferien werden vom 16. Jahr ab bei einjähriger Tätigkeit im Ge- schäft 3 Tage gewährt, steigend mit jedem Jahr um einen Tag bis zur Dauer von 12 Tagen. In Nürnberg- Fürth mußten die Hilfsarbeiter zu einem Auslande schreiten, der auch den Ausfall der Zettlungen zur Folge hatte. Am Nachmittage desselben Tages wurden jedoch Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern ge- plozet, die den Streik beendigten und zu folgenden Bewilligungen führten: Dem männlichen Hilfsarbeitern wurden 20 Mk., solchen unter 18 Jahren 15 Mk. wöchentlich be- willigt, ferner in den früheren Zettlungsbetrieben ein Nach- geld von 2 Mk. Die Arbeiterinnen erhalten 16 Mk., die unter 18 Jahren 12 Mk. wöchentlich. Aber die Ferien- frage wird später verhandelt werden; die Zulagen sind auch in diesem Falle rückwirkend ab 5. Mai zu bezahlen. Das Vorgehen in einer Anzahl kleinerer Städte führte gleichfalls zu annehmbaren Zugeständnissen.

Die Abstimmung über den Tarif im Steindruck- gewerbe. Bei Fertigstellung des Tarifvertrags im Steind- ruckgewerbe hatten die Gehilfenvertreter ihre Unterschrift noch nicht gegeben; sie wollten vielmehr ihren Kollegen erst Gelegenheit geben, den Vertrag in seinen Einzelheiten kennen zu lernen, um dann denselben zu sanktionieren. Dies ist nunmehr geschehen. In allen in Betracht kom- menden Orten fanden Verammlungen statt, in denen eine Urabstimmung vorgenommen wurde. Das Resultat dieser Abstimmung ergab eine starke Mehrheit für den Reichs- tarif. 3078 Mitglieder stimmten für den Tarif, während 1588 dagegen votierten.

Vom deutschen Sozialfentag. In der Konferenz für Einigung der Sozialdemokratie, die in den Tagen vom 21. bis 23. Juni in Berlin tagte, nahmen 130 Vertreter von 70 Vereinen der S. P. D., 26 Vertreter von 15 Ver- einen der U. S. P. D., 75 Vertreter von 41 örtlichen Ar- beiter- und Bauernräten, 42 Vertreter von 21 Zweig- vereinen der Zentralfstelle für Einigung der Sozialdemo- kratie sowie 39 Vertreter (einer Gruppe wie sozialistischer Studenten, Ärzte usw. fehl. Über den Einigungsweg referierte Dr. Joelsohn. Er propagierte die Einigung auf der mittleren Linie; auf der Rechten muß nach seiner Ansicht der Gedanke der reinen bürgerlichen Demokratie und auf der Linken der Gedanke der reinen Räteiktural fallen gelassen werden. In der Diskussion wurde von Vertretern der S. P. D. betont, daß die Einigung auf dem Boden des Erfurter Programms möglich sei. Die Diktatur der Räte sei abzulehnen; die letzteren müßten jedoch so lange behelhalten werden, bis die Republik im sozialistischen Sinn ausgebaut und befestigt sei. Man solle die Führer für eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen suchen. Auch ein Redner der U. S. P. D. trat für die Arbeitsgemeinschaft ein. Ein Mitglied der Kommu- nistlichen Partei gab seiner Meinung dahingehend Aus- druck, daß über die Prinzipien der Parteien eine Einigung nicht zu erzielen sei, daß jedoch die Arbeitsgemeinschaft einen Weg zu gemeinlichem Arbeiten bedeuten würden. Man eigne sich schließlich auf einen Antrag, der bezwacht, alle Organisationen, Zettlungen, parlamentarische Frakti- onen und Arbeiterräte der sozialistischen Parteien aufzufordern, auf die Bildung örtlicher Arbeitsgemeinschaften, zusammen- gelegt aus allen sozialistischen Parteien, binzuwirken und diese zu unterstützen. Eine aus je sieben Mitgliedern der S. P. D. und der U. S. P. D. bestehende Kommission soll neben der Zentralfstelle für Einigung der Sozialdemokratie arbeiten, von Fall zu Fall mit dieser in Verbindung treten und das von der Konferenz begonnene Werk der Einigung weiterführen. Ist der Erfolg der Arbeit des Sozialfentags auch vorläufig noch nicht als befriedigend zu bezeichnen, so kann man immerhin von einem Schritte nach vorwärts sprechen. Nachdem nunmehr der äußere Frieden ab- geschlossen ist, gibt es für die deutliche politische Arbeiter- schaft kein vornehmeres Ziel, als auch den inneren Frieden herbeizuführen. Zu diesem Zweck darf kein Mittel un- verucht gelassen werden.

Verlängerung der Kündigungsfrist für Schwer- beschädigte. Auf Veranordnung des Demobilisierungsa- ntworts war bestimmt worden, daß Arbeitgeber, die Schwer- beschädigte beschäftigten, diesen frühestens zum 1. Juli 1919 kündigen konnten. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr durch eine Verordnung des Reichsarbeitministeriums auf der

1. September 1919 hinausgeschoben worden. Bis dahin hofft die Regierung, durch die gezielte Regelung des Einstellungsprozesses für Schwerbeschädigte die Beschäftigung der Schwerbeschädigten für die Dauer sicherzustellen.

Vergleichende Wirtschaftsforschung. Unter diesem Namen ist in Berlin eine Vereinigung gegründet worden, die alle Fragen, die zum Wiederaufbau und zur Fortentwicklung der deutschen Wirtschaft zu lösen sind, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Organisationsformen der wichtigeren Kulturländer studieren will. Insbesondere sollen alle Fragen, die unter den Begriff der Sozialisierung fallen, von praktischen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus behandelt werden. Organisationen in dieser Frage haben wir mehr als genug; wenn man nur endlich einmal Vor schläge zur praktischen Lösung der wirtschaftlichen Probleme machen wollte.

Reichsstatistik für die Bankbeamten. Die Bankbeamten berieten in Berlin über die Schaffung eines Reichsstatistik. Das Anfangsgehalt soll für den zwanzigjährigen Angestellten 4200 Mk. jährlich betragen. Für den Fall, daß die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss zu keiner Einigung führen, ist man bereit, die Durchführung durch einen neuen Streik zu erzwingen.

Gestorben

In Bielefeld am 29. Mai der Drucker August Berninger von dort, 49 Jahre alt — Lungenerkrankung.
In Breslau am 17. Juni der Druckerinvalide Wilhelm Kell von dort, 73 Jahre alt.
In Darmstadt am 13. Juni der Drucker Kurt Krause aus Leipzig, 31 Jahre alt.
In Döhlitzberg l. Pr. am 12. Juni der Invalide Rudolf Schmidt, 60 Jahre alt — Lungenerkrankung.
In Leipzig am 24. Mai der Seher Hermann Schmidt aus Leipzig, 25 Jahre alt — Lungenerkrankung; am 3. Juni der Seher Otto Bonner aus Leipzig, 54 Jahre alt — Gallenleiden; am 7. Juni der Seher Friedrich Majewski aus Gansh, 28 Jahre alt — Gehirnschlag; am 12. Juni der Maschinenlehrer Otto Ludwig aus Weimar, 40 Jahre alt — Lungenerkrankung; am 13. Juni der Stereotypenrührer Karl Hütel aus Leipzig, 59 Jahre alt — Herzschlag; am 15. Juni der Drucker Kurt Schulz von dort, 20 Jahre alt — Lungenerkrankung.
In Elberfeld am 12. Juni der Buchdruckereibesitzer Max Schmidt, 70 Jahre alt.
In Magdeburg der Maschinenlehrer Otto Schwarz aus Commerz, 33 Jahre alt.
In Mainz am 9. Juni der Drucker Adam Marquardt von dort, 57 Jahre alt.
In Meerane am 15. Juni der Seher Eduard Wunderlich, 30 Jahre alt.
In Nordhausen der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Schöne mann.
In Prenzlow am 7. Juni der Maschinenlehrer Max Pannack, 34 Jahre alt.
In Steinhilber der Maschinenlehrer Johannes Wersch aus Orlschau, 46 Jahre alt.
In Wehlitz am 31. Mai der Seher Gustav Parich aus Neudamm, 55 Jahre alt.
In Würzburg am 6. Juni der Seherinvalide Franz Scheber, 62 Jahre alt — Gedrängte.

Briefkasten

O. St. in B.: Danken für ausführlichen Situationsbericht, der mit Interesse zur Kenntnis genommen wurde. — H. H. in B.: Offerte ist weitergeleitet. — F. J. in W., S. Sch. in B.: Korrektur konnte nicht mehr berücksichtigt werden, da Nr. 71 schon im Druck war. — M. S. in Jena: 3,05 Mk. — R. W. in Potsdam: 5,25 Mk.

Verschiedene Eingänge

Die Kernpunkte der folgenden Frage in den Lebensversicherungs-Verträgen des Gegenwärtigen und Zukünftigen. Von Dr. Rudolf Steiner. 21. bis 20. Auflage. Herausgegeben von der Treuhändergesellschaft des Vereines für die Lebensversicherung in Stuttgart. Verlag von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamslopplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Surlfurt, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Magdeburg: (Maschinenvereine) Vorländer: R. Schulz, Tüchlerstraße 11a, III; Kallstetter: L. Scholze, Pöhlstraße 44 pl.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Bau Berlin die Seher 1. Alfred Bellad, geb. in Charlottenburg 1890, ausged. dal. 1908; 2. Max Pfeiffer, geb. in Glogau l. Schl. 1899, ausged. in Berlin 1917; 3. Emil Friedrich, geb. in Berlin 1900, ausged. dal. 1918; 4. Fritz Fromm, geb. in Josten 1895, ausged. in Berlin 1914; 5. Werner Grabmann, geb. in Peitzburg 1897, ausged. dal. 1915; 6. Erich Grünau, geb. in Berlin 1899, ausged. dal. 1912; 7. Gerhard Grün, geb. in Berlin 1893, ausged. in Elberfeld 1918; 8. Erwin Hempel, geb. in Wittenberg 1899, ausged. in Berlin 1918; 9. Georg Kluge, geb. in Wronne 1895, ausged. in Sternberg 1910; 10. Karl Köbler, geb. in Neudorf 1899, ausged. in Berlin 1917; 11. Gregor Kommerich, geb. in Balachna 1899, ausged. dal. 1905; 12. Arthur Kurr, geb. in Charlottenburg 1899, ausged. in Berlin 1917; 13. Paul May, geb. in Friedrichsdagen 1897, ausged. dal. 1914; 14. Erich Meyer, geb. in Wittenberg l. W. 1883, ausged. in Neuruppin 1902; 15. Paul Pöhl, geb. in Köhlitzberg l. Neumark 1898, ausged. dal. 1916; 16. Erich Philipp, geb. in Berlin 1899, ausged. in Charlottenburg 1917; 17. Oskar Riediger, geb. in Hirschberg l. Schl. 1884, ausged. dal. 1902; 18. Georg Rieker, geb. in Grotzen a. d. O. 1866, ausged. dal. 1884; 19. Wilhelm Rieker, geb. in Berlin 1899, ausged. dal. 1917; 20. Gregor Sobotnik, geb. in Wretzen 1873, ausged. in Thorn 1892; 21. Paul Schmidt, geb. in Rautenkrantz 1899, ausged. in Berlin 1917; 22. Willi Schulz, geb. in Berlin 1899, ausged. in Dransberg 1917; 23. Arthur Tietze, geb. in Berlin 1894, ausged. dal. 1913; 24. Erich Wolke, geb. in Spandau 1896, ausged. in Berlin 1914; 25. der Maschinenlehrer Max Ziegler, geb. in Berlin 1890, ausged. in Jollen 1908; die Drucker 26. Ernst Böhme, geb. in Berlin 1900, ausged. in Berlin 1917; 27. Carl Böhme, geb. in Sommerfeld 1884, ausged. in Gersdorf 1903; 28. David Chahelitsch, geb. in Wilna 1898, ausged. in Berlin 1918; 29. Alfred Felgentreu, geb. in Berlin 1900, ausged. dal. 1918; 30. Alfred Fricke, geb. in Berlin 1876, ausged. dal. 1894; 31. Arthur Gläubig, geb. in Wittenberg 1899, ausged. in Berlin 1918; 32. Wilhelm Hähne, geb. in Charlottenburg 1899, ausged. dal. 1917; 33. Wilhelm Hähnerling, geb. in Leipzig 1898, ausged. in Berlin 1917; 34. Friedrich Kutz, geb. in Bismarck 1898, ausged. in Rummelsburg 1898; 35. Walter Mah, geb. in Orel (Rußl.) 1896, ausged. in Berlin 1914; 36. Otto Rosenow, geb. in Berlin 1872, ausged. dal. 1892; 37. Paul Schellen, geb. in Ober-Waldersdorf 1879, ausged. in Berlin 1915; 38. Rudolf Schmidt, geb. in Wehlen 1899, ausged. in Berlin 1917; 39. Albert Schramm, geb. in Berlin 1900, ausged. dal. 1918; 40. Fritz Schulze, geb. in Borsdorf 1894, ausged. in Berlin 1912; 41. Hans Stab, geb. in Neudorf 1899, ausged. in Berlin 1918; 42. Fritz Stille, geb. in Berlin 1899, ausged. dal. 1918; 43. Edmund Studt, geb. in Wanne 1899, ausged. in Berlin 1917; 44. Adam Wacziargan, geb. in Köhlitzberg 1897, ausged. in Berlin 1916; 45. August Witzke, geb. in Jelenze (Kreis Sadowitz) 1893, ausged. in Nikolai 1911; 46. Emil Wille, geb. in Berlin 1899, ausged. dal. 1917; die Schmelzer 47. Paul Göb, geb. in Berlin 1899, ausged. dal. 1917; 48. Hans Göb, geb. in Berlin 1890, ausged. dal. 1908; 49. Erich Sellera, geb. in Berlin 1892, ausged. in Charlottenburg 1912;

50. der Stereotypenrührer Rudolf Thmer, geb. in Vohz 1891, ausged. dal. 1909; 51. der Galvanoplastiker Franz Ullmann, geb. in Grotzen 1874, waren noch nicht Mitglieder; die Seher 52. Max Bedner, geb. in Breslau 1893, ausged. in Berlin 1912; 53. Max Böhmer, geb. in Köpenick 1888, ausged. dal. 1896; 54. Arthur Böhlge, geb. in Wittenberg 1876, ausged. dal. 1895; 55. Hermann Debn, geb. in Berlin 1885, ausged. dal. 1903; 56. Heinrich Dörfl, geb. in Canzig 1871, ausged. dal. 1888; 57. Georg Dräger, geb. in Frankfurt a. O. 1895, ausged. in Berlin 1913; 58. Paul Eigenbröhl, geb. in Friedrichsdagen 1891, ausged. in Berlin 1909; 59. Max Gerich, geb. in Grotzen 1873, ausged. in Berlin 1873; 60. Johannes March 1891; 61. Fritz Gollig, geb. in Berlin 1890, ausged. dal. 1899; 62. Oskar Hühner, geb. in Mühlberg l. Pr. 1861, ausged. in Jänitzberg 1890; 63. Walter Knäbe, geb. in Berlin 1900, ausged. lernt dal. 1918; 64. Friedrich Kuegel, geb. in Mainz 1874, ausged. dal. 1888; 65. Hermann Meyer, geb. in Berlin 1871, ausged. dal. 1888; 66. Otto Moritz, geb. in Berlin 1891, ausged. dal. 1908; 67. Albert Pöhlner, geb. in Friedeböllingen 1873, ausged. in Wittenberg 1892; 68. Emil Richter, geb. in Berlin 1893, ausged. dal. 1906; 69. Emil Sievert, geb. in Berge 1870, ausged. lernt in Jostl l. d. V. 1888; 69. Hermann Schiller, geb. in Berlin 1884, ausged. dal. 1902; 70. Walter Schmedder, geb. in Berlin 1895, ausged. dal. 1914; 71. Martin Schuber, geb. in Lengenfeld l. Erzgeb. 1890, ausged. dal. 1909; 72. Hans Tornow, geb. in Berlin 1892, ausged. in Baumhüttenberg 1910; 73. der Maschinenlehrer Albert Weib, geb. in Berlin 1886, ausged. dal. 1904; die Drucker 74. Heinrich Zingst, geb. in Leach 1887, ausged. in Grotzenburg 1908; 75. Alfred Zimmler, geb. in Berlin 1875, ausged. dal. 1894; 76. Max Böge, geb. in Wittenberg 1893, ausged. lernt in Schöneberg 1913; 77. Eduard König, geb. in Berlin 1874, ausged. dal. 1892; 78. Walter Kolbow, geb. in Berlin 1898, ausged. dal. 1915; 79. Paul Kollie, geb. in Berlin 1891, ausged. dal. 1909; 80. Max Künert, geb. in Breslau 1871, ausged. lernt dal. 1890; 81. Otto Döme, geb. in Charlottenburg 1890, ausged. in Schöneberg 1910; 82. Bruno Pralle, geb. in Berlin 1896, ausged. dal. 1913; 83. Gustav Richter, geb. in Neundorf bei Leipzig 1884, ausged. in Leipzig 1903; 84. Franz Rubach, geb. in Berlin 1891, ausged. in Wilmersdorf 1910; 85. Friedrich Seibe, geb. in Jülich 1881, ausged. in Wörlitz 1909; 86. Oswald Söhe, geb. in Giesfeld 1886, ausged. in Braunschweig 1910; 87. Arthur Schuber, geb. in Potsdam 1892, ausged. dal. 1910; 88. Emil Wolitz, geb. in Wittenberg 1890, ausged. dal. 1908; 89. der Schweizerdegen Alfred Würche, geb. in Berlin 1871, ausged. dal. 1889; die Korrekturen 90. Karl Göb, geb. in Johannsburg 1871, ausged. lernt in Gelpap l. Thür. 1890; 91. Otto Kuberly, geb. in Berlin 1888, ausged. dal. 1887; 92. Karl Schulz, geb. in Hagen 1878; 93. der Stereotypenrührer Max Siegel, geb. in Potsdam 1894, ausged. dal. 1912; 94. der Schriftgießer Karl Seibel, geb. in Wilmersdorf 1875, ausged. in Berlin 1894; waren schon Mitglieder. — Albert Walsin in Berlin SO 16, Engelster 14/15.

Berufsmittelskalender

Barmen. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, in der „Borussia“ in Barmen, Gemarkter Hof. Anträge an den Vorstehenden.
Düsseldorf. Maschinenlehrerverammlung Sonntag, den 29. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshöfer Hof“.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zum sechsten deutschen Gewerkschaftskongress. — Zur Entwicklung der Rätefrage. — Zur Betriebsrätefrage.
Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis: Gewerkschaftliche Produktions- und Lohnregelung. — Buchführung und Bilanz.
Korrespondenzen: Bielefeld. — Bochum. — Darmstadt. — Düsseldorf. — Göttingen. — Hanau. — Leipzig. — Minden. — Nürnberg. — Weiden. — Weisel.
Zuschau: Nachahmungsarbeiten. — Ein Beitrag zur Rentabilitätsfrage im Buchdruckgewerbe. — Ausstellung von Freiwerkentwürfen. — Steuerungsanlagen und Fernbewegung der Hilfsarbeiter. — Die Abstimmung über den Tarif im Steinbrudergewerbe. — Vom deutschen Sozialistenrat. — Verlängerung der Müdigungsfrist für Schwerbeschädigte. — Vergleichende Wirtschaftsforschung. — Reichsstatistik für die Bankbeamten.

Jeder Kollege sollte das äußerst lesenswerte Buch bestellen:
Karl Schaeffer:
Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe
portofrei 20 Pf.
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften
Leipzig, Salomonstraße Nr. 8 / Postfachkonto Nr. 53430

Für das Schreibamt unserer Schriftsetzer suchen wir als Betriebsbeamten
gelernten Schriftsetzer
mit guter Handschrift, der flotter Rechner sein muß. Eintritt sofort. Meldung schriftlich mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen.
J. W. Schaeffer & Wiesecke, Leipzig, Brüderstraße 26/28.

Älterer, zweiter
Maschinensetzer
in dauernder Stellung gesucht. 1952
S. Mademann,
Lüdinghausen (Münsterland).

Linosetzer
mit dem Mechanismus der Maschine vollständig vertraut, korrekter Seher, zum baldigen Eintritt für dauernd gesucht. Bewerbungen sind zu richten an Verlag „Wohlfahrt“, Bochum, Sternmannstraße 7.

Wir suchen
Schriftgießer
an Hand- und Kompletzmaschine und
Fertigmacher
für dauernde Stellung.
Schriftsetzer Ludwig & Mayer,
Frankfurt a. M.

Rotationsmaschinenmeister
der die Stereotypie mit übernimmt, sofort auf 14 Tage gesucht vom Rotationsmeister der „Menschen Zeitung“.
Hans Dietrich, Eisenach, „Menschen Zeitung“.

Seherstereotypenrührer
für Flachstereotypie (Werk), gelbt im Korrigieren von Platten, zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lebensförderung erbitten.
Buchdruckermeister,
Trebzin (Kreis Teltow).

Jünger, zuverlässiger
Schriftsetzer
in allen Gattungen bewandert, sucht Stellung. Angebote an W. L. 2 an die Geschäftsstelle d. Zf.

Mer, lecht zwei freibisamen, jungen
Seherin. (Leipzig)
Russisch sehen?
Off. unter Nr. 9 an die Geschäftsst. d. Zf.

Stempelschneider
erste Kraft, sucht sich zu verändern. Adressen unter „O.“ 8 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Typograph-
setzmaschine
(A oder B) gegen Kassa gesucht. Off. unter S. N. 7490 an Rudolf Mosse, Stuttgart. 112

Komplexgleichmaschine
zu kaufen gesucht. 1998
Schriftsetzer Brüder Waffer,
Dresden-Nr. 23.

Guterhaltene „Typograph, Mittel“,
3. Auflage, und „Praktische Winke“,
2. Auflage, hauptsächlich
K. P. Weisshardt,
Kalle a. d. S., Rollenstraße 3.

Schriftschreiben und Zeichnen!
Verbreiteter, Vorlagen und Werkzeuge im Grupp. Verlag. S. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Wie soll ich zurichten?
Ein Leitfaden, der Aufbau der Zurechtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Flieger. 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunstbr., geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner:
Der Buchdrucker am „A-B-C“
Ein Leitfaden, die Einstellung des Untersetzer-Bogenabstellers auf alle Papierarten; 93 S., 10 Abb., 55 Abb., 1,55 Mk., postfrei geb. Voreinsend. od. Nachn. v. Verf. M. Reich, Stuttgart, Tübingerstraße 20.

Neu erdrukte Broschüre!
Die Hochdruckradierer neue Erfindung
Kleinverbreiteter, in Schwarz-Weiß-Druck ohne Melan o. Blau, Buchdruck, nebst ein. **Die Harzstereotypie** Dr. Anhang 1911, Grupp. Verl. S. Siegl, München, Kolumbusstraße 1, für Berlin bei S. Scheller, Engelstraße 14/15, für Leipzig bei S. Müller, Teubner; der Teulsch, Leipzig. Geb. 10 Pf.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmucksachen, Bücher.
Kataloge umsonst a. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 107
Bolle-Allianca-Strasse 7-10.

Maschinen-, Werk- und Zeitungssetzer
finden geeignete Fachlehrbücher im Grupp. Verlag S. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. Katalog 25 Pf.

Für die mir anlässlich meines 50jährigen Berufsjubiläums erwiesenen Aufmerksamkeiten meines Herrn Onkels, Oskar Schönd, aller Kollegen des Gewerkschaftes sowie für die herrlichen Vorträge des Gefangenenrats „Gutenberg“ sage ich meinen
wärmsten Dank!
Erfurt, Rooststraße 22.
Joseph Sch.

Am 23. Juni verstarb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Paul Nicolai
im Alter von 30 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Ohrdraß.

Willing überraschend erhalte uns am 19. Juni die Nachricht von dem Ableben unseres Kollegen

Dswald Sachse
hinaus vor seiner Überführung in die Heilanstalt, wo er Erholung und Genesung finden sollte. Der Verstorbenen beileidete lange Jahre in unserer Organisation die verschiedenen Ämter, ihm für alle Zeiten ein dankbares Gedächtnis. Infolge seines vertraglichen Charakteren und kollegialen Verhaltens erzielte er sich großer Beliebtheit. Einer der Besten ist von uns gegangen.
Ehre seinem Andenken!
Bezirksverein Potsdam, Ortsverein Neubabelsberg, Gefangenenrat „Gutenberg“.

Am 17. Juni verstarb infolge einer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen, unser werter Mitglied, der Seher
Hugo Boigt
aus Jena, im 34. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Jena.

Am 25. Juni verstarb nach längerem Leiden an Lungenerkrankung unser lieber Kollege, der Seherinvalide
Georg Ahmann
im 70. Lebensjahre.
In dem Verstorbenen, der 45 Jahre unserer Organisation angehörte, verlieren wir einen allgemein geschätzten Kollegen von geradem Charakter und erstem Pflichtbewusstsein. Sein Andenken wird dauernd in Ehren halten
Die Mitgliedschaft Wärburg.